

Zusammenstellung wichtiger Ereignisse in den Bereichen

Verkehr, Energie, Umwelt, Finanzen

2017

(Stand: 28.12.2017)

- 20.12. **Bundesrat heisst Konzept für den Gütertransport auf der Schiene gut** – Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 20. Dezember 2017 ein Konzept für den Gütertransport auf der Schiene verabschiedet. Es dient der übergeordneten Planung der Schienengüterverkehrsanlagen und stellt die Abstimmung mit der Raumplanung des Bundes und der Kantone sowie mit der Entwicklung der Verkehrsinfrastrukturen sicher. Auf Basis dieses Konzepts hat der Bundesrat zudem einen Bericht zum Schienengüterverkehr auf der SBB-Linie Yverdon-Payerne gutgeheissen, den er in Erfüllung eines Postulats verfasst hat.
(BAV-Info 20.12.17; BBl 2017 S. 7997)
- 12.12. **Tessiner Zoll soll Basler Verfahren übernehmen** – Am Grenzübergang Chiasso-Brogeda (TI) soll ein effizientes Abfertigungsverfahren eingeführt werden. Der Ständerat hat sich für eine Motion aus dem Nationalrat ausgesprochen. Mit 29 zu 12 Stimmen folgte die kleine Kammer ihrer vorberatenden Verkehrskommission. Damit muss der Bundesrat den Vorstoss von Nationalrat Fabio Regazzi (CVP/TI) umsetzen. Dieser argumentierte, das Verfahren Transito habe die Staus an der Zollstelle Basel-Weil stark reduziert. Es sollte auch in Chiasso angewendet werden.
(BaZ 13.12.17)
- 11.12. **Tempoerhöhung für Caravans auf Autobahnen verlangt** – Der Ständerat hat eine Motion aus dem Nationalrat angenommen, wonach die Höchstgeschwindigkeit von 80 Stundenkilometer auf Schweizer Autobahnen für Motorwagen mit Anhänger neu auf 100 Stundenkilometer erhöhte werden müssen. Damit soll der Verkehrsfluss verbessert und die Verkehrssicherheit erhöht werden.
(Curia Vista)
- 11.12. **Neue Regeln für selbstfahrende Autos** – Der Ständerat hat zwei Motionen an den Bundesrat überwiesen, die eine gesetzliche Grundlage für selbstfahrende Fahrzeuge verlange. Die Vorstösse waren unumstritten. Das Bundesamt für Strassen hat bereits Arbeiten für entsprechende Änderungen des Strassenverkehrsgesetzes aufgenommen, wie Verkehrsministerin Doris Leuthard sagte. Bis Ende 2018 soll ein Gesetzesentwurf

in die Vernehmlassung gehen.
(NZZ 12.12.17)

- 11.12. **Ständerat will Via-sicura-Gesetzgebung lockern** – Fünf Jahre nach Einführung der strengen Strafen für Raser soll die Via-sicura-Gesetzgebung wieder gelockert werden. Der Ständerat will den Richtern mehr Spielraum geben, die Mindestfreiheitsstrafe soll gestrichen werden. Er stimmt einer Motion seiner Verkehrskommission einstimmig zu.
(BaZ 12.12.17)

- 08.12. **A4 Engpassbeseitigung Schaffhausen: Bundesrat genehmigt Generelles Projekt** – An seiner Sitzung vom 8. Dezember 2017 hat der Bundesrat das Generelle Projekt für die Engpassbeseitigung auf der A4 in Schaffhausen genehmigt. Mit dem Ausbau zwischen den Anschlüssen Schaffhausen Süd und Herblingen wird die A4 von heute einer Spur auf zwei Spuren je Fahrtrichtung erweitert. Kernstücke bilden dabei die zweite Röhre des Fäsenstaubtunnels, die Galerie Schönenberg sowie die Anbindung der neuen Fahrspuren an das bestehende Autobahnnetz. Nach heutigem Planungsstand belaufen sich die Kosten auf insgesamt rund 473 Millionen Franken.
(ASTRA-Info 08.12.17)

- 08.12. **Bundesrat will mit Öffnung von Daten- und Vertriebssystemen Mobilität weiter vereinfachen** – Die Digitalisierung ermöglicht es, unterschiedliche Transportarten wie Auto, Taxi, öffentlicher Verkehr oder Velo- und Fussverkehr einfacher und gezielter als bisher zu kombinieren und dadurch die Mobilität weiter zu vereinfachen. Der Bundesrat will diese Entwicklung fördern, wie er am 8. Dezember 2017 im Rahmen einer Aussprache beschlossen hat. Im Zentrum steht die Öffnung des Zugangs zu Verkehrsdaten und Vertriebssystemen. Der Bundesrat hat das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) beauftragt, entsprechende Massnahmen zu definieren und bis Ende 2018 eine Vernehmlassungsvorlage zur Öffnung der Vertriebssysteme im öffentlichen Verkehr (öV) zu erarbeiten.
(UVEK-Info 08.12.17)

- 01.12. **Bundesrat legt die nächste Etappe der Schweizer Klimapolitik fest** – An seiner heutigen Sitzung hat der Bundesrat die Botschaft zur Totalrevision des CO₂-Gesetzes für den Zeitraum 2021–2030 sowie die Botschaft zur Genehmigung des Abkommens zwischen der Schweiz und der Europäischen Union über die Verknüpfung der Emissionshandelssysteme (EHS) verabschiedet. Es handelt sich hierbei um die nächste Etappe der Schweizer Klimapolitik. Der Bundesrat will den Übergang zu einer treibhausgasarmen Wirtschaft weiter vorantreiben und dabei auf bewährte Instrumente setzen. Durch eine Weiterführung und punktuelle Verschärfung der Instrumente in den Bereichen Verkehr, Gebäude und Industrie sollen die Treibhausgasemissionen in der Schweiz bis 2030 um mindestens 30 Prozent gegenüber 1990 reduziert werden. Maximal 20 Prozent sollen im selben Zeitraum über Massnahmen im Ausland erbracht werden.
Im Verkehr, durch den am meisten Treibhausgasemissionen verursacht werden, sollen die Emissionen durch eine Erhöhung des Anteils an erneuerbaren Treibstoffen sinken. Parallel dazu ist geplant, die CO₂-Emissionsvorschriften für neue Fahrzeuge im Einklang mit denjenigen in der Europäischen Union schrittweise weiter zu verschärfen.

Ab dem Jahr 2021 dürften Neuwagen im Durchschnitt pro Kilometer nur noch 95 Gramm CO₂ ausstossen. Erstmals gilt ab Ende 2020 auch für Lieferwagen und leichte Sattelschlepper eine Limite: durchschnittlich 147 Gramm CO₂ pro Kilometer. Besonders emissionsarme Autos mit einem Ausstoss von weniger als 50 Gramm CO₂ pro Kilometer können sich die Importeure überproportional anrechnen lassen; bei dieser Klausel spricht man von Supercredits. Ausserdem muss während der Einführungsphase bis Ende 2022 nur ein Teil der Fahrzeugflotte das Durchschnittsziel von 95 Gramm CO₂/km erreichen. Der Anteil der Emissionen aus Treibstoffen, der von den Treibstoffimporteuren kompensiert werden muss, kann bis auf 90 Prozent erhöht werden, wobei mindestens 15 Prozent der CO₂-Emissionen aus dem Verkehr in der Schweiz zu kompensieren sind. Angerechnet wird dabei auch der Einsatz erneuerbarer Treibstoffe.

(UVEK-Info 01.12.17; Berner Zeitung 04.12.17)

30.11. Fortschritte bei der Verlagerung des Güterverkehrs durch die Alpen – Gemäss Bundesrat sollen die Massnahmen zur Verlagerung des alpenquernden Güterverkehrs von der Strasse auf die Schiene wirken: Die Zahl der Lastwagen- und Sattelschlepper-Fahrten durch die Alpen ging von Juli 2015 bis Juni 2017 um weiter 5,6 Prozent zurück, während der Schienengüterverkehr um 18,8 Prozent wuchs. Er erreichte per Ende 2016 einen Marktanteil von 71 Prozent. In den Jahren 2015 bzw. 2016 wurden 1,010 Millionen bzw. 975'000 alpenquerende Fahrten schwerer Güterfahrzeuge gezählt. Erstmals seit 1994 liegt die Anzahl der Fahrten unter dem bereits 2011 zu erreichenden Zwischenziel von einer Million Fahrten pro Jahr. Per Ende 2017 ist auf der Strasse mit weiterhin unter 1 Million alpenquerenden Fahrten schwerer Güterfahrzeuge zu rechnen, als leicht weniger als 2016. Das geht aus dem neuen Verlagerungsbericht hervor, den der Bundesrat an seiner Sitzung vom 1. Dezember 2017 verabschiedet hat.
(BAV-Info 01.12.17)

30.11. Velo-Initiative geht dem Ständerat zu weit – Der Ständerat findet es zwar eine gute Sache, den Veloverkehr zu fördern. Die Velo-Initiative geht ihm aber zu weit, unter anderem, weil sie in die Kompetenzen der Kantone eingreifen will. Der Rat bevorzugt deshalb den direkten Gegenvorschlag des Bundesrats, dem er mit 35 zu 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen zustimmt. Dieser sieht vor, dass der Bund Massnahmen der Kantone und Dritter zur Förderung des Veloverkehrs unterstützen kann.
(BaZ 01.12.17; NZZ 01.12.17)

28.11. Kein zusätzliches Geld für den Bahninfrastrukturfonds – Ein Streitpunkt bei der Beratung des Budgets 2018 waren im Ständerat die 442 Millionen Franken, die mit dem Nein zur Rentenreform frei geworden sind. Der Ständerat folgte dem Vorschlag des Bundesrats, wonach 295 Millionen Franken zusätzlich in den Bahninfrastrukturfonds fliessen sollen.

Im Verlaufe der Budgetdebatte 2018 musste die Einigungskonferenz der beiden Räte einberufen werden. Diese hat sich am 13. Dezember mit 14 zu 12 Stimmen dafür ausgesprochen, 370 Millionen Franken, die mit dem Volks-Nein zur Rentenreform frei wurden, in die AHV einzuschiessen, was von einer Minderheit weiterhin bekämpft wurde. Definitiv vom Tisch ist damit der Antrag des Bundesrats, die Einlage in den Bahninfrastrukturfonds einmalig um 295 Millionen Franken zu erhöhen.

(NZZ 29.11.17; NZZ 14.12.17)

28.11. Bundesgericht präzisiert Rechtsprechung zu Raserdelikten – Nicht in allen Fällen, in denen der Rasertatbestand erfüllt ist, muss es automatisch zu einer entsprechenden Verurteilung kommen. Das Bundesgericht hält in einem aktuellen Urteil fest, dass die Gerichte ausserordentliche Umstände beachten müssen. Damit präzisiert das Bundesgericht seine Rechtsprechung zum Rasertatbestand. Dieser wurde im Jahr 2013 eingeführt. Er gilt als erfüllt, wenn die signalisierte Höchstgeschwindigkeit um das im Artikel 90 des Strassenverkehrsgesetzes festgeschriebene Mass überschritten wird. Wer also durch eine vorsätzliche Verletzung elementarer Verkehrsregeln das hohe Risiko eines Unfalls mit Schwerverletzten oder Todesopfern eingeht, wird mit einer Freiheitsstrafe von einem bis zu vier Jahren bestraft. Weiter wird ihm der Führerausweis für mindestens zwei Jahre entzogen. In einem soeben publizierten Urteil hält das Bundesgericht fest, die Vermutung, dass eine solche Gefahr geschaffen wurde, könne beim Vorliegen ausserordentlicher Umstände widerlegt werden. Ein solcher Fall liege beispielsweise vor, wenn ein Tempolimit nicht aus Gründen der Verkehrssicherheit herabgesetzt wurde, sondern aus ökologischen Überlegungen.

Der Raser-Tatbestand ist seit seinem Bestehen sowohl juristisch als auch politisch umstritten. Gewisse Rechtsgelehrte und Politiker kritisieren, der Gesetzgeber habe den Richtern mit dem starren Automatismus jeglichen Beurteilungsspielraum genommen. Die starre Regel, wonach ein Verbrechen begehe, wer in einer 30er-Zone mit 70 km/h, in einer 50er-Zone mit 100 km/h und bei höheren Höchstgeschwindigkeiten 80 km/h zu schnell fahre, werde dem Einzelfall nicht gerecht. Diese Bedenken nahm der Bundesrat in seiner Evaluation von «Via sicura» auf, den einschlägigen Bericht dazu veröffentlichte er im Sommer 2017. Darin schrieb er, es sei denkbar, bei Raserdelikten auf eine Mindestfreiheitsstrafe zu verzichten, die Mindestdauer des Führerausweisentzugs auf sechs Monate zu senken und den Richtern einen grösseren Ermessensspielraum einzuräumen. Im Parlament, wo zum Thema ohnehin bereits Vorstösse hängig waren, nahm man die Empfehlungen des Bundesrats entgegen. Noch im August 2017 erteilte die ständerätliche Verkehrskommission dem Bundesrat den Auftrag, eine Vorlage mit entsprechenden Änderungen des Strassenverkehrsgesetzes vorzulegen. Eine Revisionsvorlage dürfte schon bald vorliegen. Parallel dazu sammelte eine Westschweizer Vereinigung Unterschriften für die Initiative «Stopp den Auswüchsen von Via sicura», die den Strafenkatalog für Raserdelikte anpassen wollte. Die Initiative ist allerdings gescheitert, die nötigen Unterschriften kamen nicht zusammen.

(BaZ 29.11.17; NZZ 29.11.17)

28.11. Fernbusse sollen ab März 2018 fahren können – Im März 2018 sollen die ersten inländischen Fernbusse auf Schweizer Strassen verkehren können. Das Bundesamt für Verkehr (BAV) will bis dahin über das Konzessionsgesuch des Anbieters Domo Reisen entscheiden und das Unternehmen ab dann Fahrten anbieten. Domo Reisen hatte geplant, die Busse bereits vom kommenden Fahrplanwechsel am 10. Dezember an fahren zu lassen. Das BAV vetagte nun aber wegen der Prüfung weiterer Unterlagen den Entscheid über das Gesuch.

(BAZ 29.11.17)

22.11. NAF tritt 2018 in Kraft – Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 22. November 2017 die Inkraftsetzung der Rechtsänderungen im Zusammenhang mit dem von Volk und Ständen angenommenen Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF) beschlossen. Mit diesen Anpassungen kann der NAF am 1. Januar 2018 in Kraft

- treten. Der Neue Netzbeschluss Nationalstrassen tritt am 1. Januar 2020 in Kraft.
(Info ASTRA 22.11.17)
- 22.11. Fälschung von Autobahnvignetten wird neu durch die Kantone geahndet** – Die Fälschung oder Verfälschung von Autobahnvignetten wird neu durch die Kantonspolizei und nicht mehr wie bisher durch die Bundesanwaltschaft geahndet. Dies hat der Bundesrat am 22. November 2017 beschlossen. Die entsprechenden Gesetzesbestimmungen treten am 1. Januar 2018 in Kraft.
(Info EJPD 22.11.17)
- 21.11. Güterverkehr 2016 - Schiene gewinnt weiterhin Marktanteile zurück** – Der Schienengüterverkehr hat 2016 das vierte Jahr in Folge Marktanteile von der Strasse zurückgewonnen. Die Transportleistungen der Bahn haben gegenüber dem Vorjahr um 0,9 Prozent zugenommen, während sie im Strassengüterverkehr um 1,5 Prozent zurückgegangen sind. Dies geht aus der Gütertransportstatistik des Bundesamtes für Statistik (BFS) hervor. 2016 betragen die Transportleistungen auf dem schweizerischen Strassen- und Schienennetz insgesamt 27,8 Milliarden Tonnenkilometer (ein Tonnenkilometer entspricht der Beförderung einer Tonne über einen Kilometer). Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Abnahme um 0,6 Prozent. Der Rückgang ist auf den Strassengüterverkehr zurückzuführen (-1,5%), der Schienengüterverkehr konnte leicht zulegen (+0,9%).
(BFS-Info 21.11.17)
- 11.11. Rekordbusse für BMW in der Schweiz** – Das Bundesgericht hat entschieden, dass die Wettbewerbskommission (Weko) dem Autohersteller BMW zu Recht eine Busse von 157 Millionen Franken aufgebrummt habe. Der deutsche Konzern hat es seinen EU-Vertragshändlern verboten, Neuwagen oder Teile in Länder ausserhalb des EWR zu liefern – also zum Beispiel in die Schweiz. Dadurch liessen sich hier höhere Preise durchsetzen – 20 bis 25 Prozent bei BMW und 12 bis 18 Prozent bei der Konzernmarke Mini, wie die Weko berechnet hat.
(NZZ 11.11.17; NZZ am Sonntag 12.11.17)
- 08.11. EU-Pläne für die CO₂-Regulierung nach 2021** – Die Europäische Kommission hat das sogenannte zweite „Mobility Package“ verabschiedet. Unter dem Titel „Europe on the Move – An agenda for a socially fair transition towards clean, competitive and connected mobility“ umfasst das Paket neun Gesetzesinitiativen, darunter die CO₂-Regulierung für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge für die Zeit nach 2021. Demzufolge sollen die Pkw-Hersteller den CO₂-Ausstoß ihrer Neuwagenflotte in der EU bis 2030 um 30 Prozent senken. Bis 2025 soll ein verbindliches Zwischenziel mit einer Reduktionsvorgabe von 15 Prozent gelten. Bei leichten Nutzfahrzeugen soll der CO₂-Ausstoß ebenfalls um 15 Prozent (2025) bzw. 30 Prozent (2030) reduziert werden.
(VDA-Info 08.11.17)
- 07.11. Volksinitiative gegen Auswüchse von Via Sicura ist gescheitert** – Die Bundeskanzlei teilt mit, dass die am 3. Mai 2016 zur Unterschriftensammlung gestartete eidgenössische Volksinitiative «Stopp den Auswüchsen von Via sicura (Für ein gerechtes und verhältnismässiges Sanktionensystem)» bis zum 3. November 2017 nicht mit der nötigen Unterschriftenzahl bei der Bundeskanzlei eingereicht worden ist. Die Sammelfrist

ist somit unbenützt abgelaufen.
(BBl 2017 S. 6895)

- 02.11. Mehrverkehr von Velo und öV aufgefangen** – Der Verkehr in den sechs grössten Deutschweizer Städten hat in den letzten fünf Jahren zugenommen. Der Grund: Die Bevölkerung und die Zahl der Arbeitsplätze wuchsen. Allerdings wurde der Mehrverkehr von öffentlichen Verkehrsmitteln und dem Velo aufgefangen. Das ergab der zweite „Städtevergleich Mobilität“, den Zürich, Basel, Bern, Winterthur, Luzern und St. Gallen veröffentlichten.
(BaZ 03.11.17)
- 01.11. Bundesrat legt Bericht über die Weiterentwicklungsmöglichkeiten von SBB Cargo vor** – Der Bundesrat hat in Erfüllung eines Postulats der ständerätlichen Verkehrskommission in einem Bericht verschiedene Eignermodelle für SBB Cargo AG dargestellt und bewertet. Aus Sicht des Bundesrates soll der Verwaltungsrat von SBB Cargo AG gestärkt und seine Unabhängigkeit erhöht werden. Zudem erwartet der Bundesrat, dass Partner oder Grosskunden von SBB Cargo AG für eine Minderheitsbeteiligung gewonnen werden. SBB Cargo AG soll als Tochtergesellschaft im SBB-Konzern verbleiben. Der Bericht wurde vom Bundesrat an seiner Sitzung vom 1. November 2017 gutgeheissen.
(UVEK-Info 01.11.17)
- 01.11. Bundesrat setzt totalrevidiertes Energiegesetz per 2018 in Kraft** – Der Bundesrat hat das totalrevidierte Energiegesetz, dem die Schweizer Stimmbevölkerung in der Referendumsabstimmung vom 21. Mai 2017 zugestimmt hat, per 1. Januar 2018 in Kraft gesetzt. Gleichzeitig hat er die Ergebnisse der Vernehmlassung zu den zugehörigen Verordnungsrevisionen zur Kenntnis genommen und die Verordnungen verabschiedet. Die drei neuen und sechs revidierten Verordnungen treten gleichzeitig mit dem Gesetz in Kraft.
Im Verkehrsbereich werden die Emissionsvorschriften für neu in Verkehr gesetzte Personenwagen verschärft. Sie sollen bis Ende 2020 durchschnittlich nur noch 95 g CO₂/km ausstossen. Die Vorschriften werden zudem auf neu in Verkehr gesetzte Lieferwagen und leichte Sattelschlepper ausgeweitet. Diese sollen bis Ende 2020 durchschnittlich noch 147 g CO₂/km ausstossen. Beide Massnahmen erfolgen in Übereinstimmung mit dem EU-Recht. In den Jahren 2020 bis 2022 gelten einführende Erleichterungen (Phasing-in und Supercredits für Fahrzeuge mit Emissionen von weniger als 50 g CO₂/km).
(Info BFE 02.11.17)
- 27.10. Bieler Ostumfahrung der A5 eröffnet** - Seit heute rollen die Fahrzeuge über die neue Autobahnumfahrung der A5 im Osten von Biel. Nach zehnjähriger Planungs- und Bauzeit setzten Vertreter von Bund, Kanton und Stadt symbolisch den letzten Baustein. Die neue Autobahn verbindet die Nationalstrassen aus Bern, Solothurn und dem Berner Jura. Vorwiegend soll sie die Stadt vom Durchgangsverkehr entlasten. Der A5-Ostast kostete 1,2 Milliarden Franken.
(Berner Zeitung 28.10.17)
- 25.10. Klimakonferenz: Bundesrat genehmigt Mandat der Schweizer Delegation** – Vom 6. bis zum 17. November 2017 findet in Bonn die 23. Klimakonferenz (COP23) statt.

Zentrales Thema wird dabei die Umsetzung des Klimaübereinkommens von Paris sein. In erster Linie wird es darum gehen, die Ausarbeitung der Regeln für die Anwendung des Übereinkommens (Paris Rules Book) voranzutreiben, damit diese 2018 verabschiedet werden können. Gemäss dem vom Bundesrat am 25. Oktober 2017 beschlossenen Mandat wird sich die Schweizer Delegation für robuste und wirksame Regeln einsetzen, die es erlauben, den globalen Anstieg der Temperaturen auf weniger als zwei Grad zu begrenzen.
(BAFU-Info 25.10.17)

25.10. Bundesrat genehmigt Generelles Projekt für Bau der zweiten Strassenröhre am Gotthard – Der Bundesrat hat das Generelle Projekt für den Bau der zweiten Röhre des Gotthard-Strassentunnels genehmigt. Dieses gibt Aufschluss über die wichtigsten Eckwerte. Demnach wird die zweite Strassenröhre durch das Gotthard-Massiv im Abstand von 70 Meter parallel zum bestehenden Tunnel verlaufen. Die beim Bau der ersten Röhre erstellten Portalbauwerke in Göschenen und Airolo werden für die zweite Tunnelröhre übernommen. Das Bundesamt für Strassen (ASTRA) wird das Projekt nun weiter vertiefen, ein Ausführungsprojekt ausarbeiten und dieses voraussichtlich im Frühling 2018 beim Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) zur Genehmigung einreichen. Der Baubeginn sollte so gemäss aktuellem Planungsstand frühestens im Jahr 2020 erfolgen können.
(ASTRA-Info 25.10.17)

19.10. Bundesrat will Busverkehr weiterentwickeln und Öffnung des internationalen Bahnverkehrs prüfen – Der Bundesrat will den nationalen und internationalen Fernbusverkehr innerhalb des geltenden Gesetzesrahmens weiterentwickeln. Nationale Fernbuslinien sollen in das bestehende System des öffentlichen Verkehrs eingebunden werden; allerdings im geltenden gesetzlichen Rahmen und somit konzessionierungspflichtig. Zudem will der Bundesrat die Fernbusse ins bestehende (Tarif-)System des öV einbinden. Beim internationalen Fernbusverkehr sollen keine wesentlichen Änderungen erfolgen, abgesehen von Mindeststandards für Haltestellen und Busbahnhöfe. Im grenzüberschreitenden Personenverkehr mit der Bahn prüft der Bundesrat eine Öffnung im Rahmen des Landverkehrsabkommens mit der EU, um neue Angebote zu ermöglichen. Ausländische Unternehmen sollen ihre Leistungen in Zukunft auch ohne Kooperation mit einem Schweizer Unternehmen anbieten können. Dies hält er in einem am 18. Oktober 2017 gutgeheissenen Bericht fest, den er in Erfüllung parlamentarischer Vorstösse verfasst hat.
(Info BAV 19.10.17; NZZ 20.10.17)

17.10. Nationalrat will weniger Tempo-30-Zonen – Auf Hauptverkehrsachsen soll innerorts generell Tempo 50 gelten, nicht Tempo 30. Das fordert die Verkehrskommission des Nationalrats (KVF). Tempo-30-Zonen sollen aus Sicherheitsgründen möglich sein, nicht aber aus Lärmschutzgründen. Mit 13 zu 10 Stimmen hat die KVF eine entsprechende parlamentarische Initiative von Gregor Rutz (SVP/ZH) angenommen. Stimmt die Schwesterkommission des Ständerats zu, kann sie eine Gesetzesänderung ausarbeiten.
(BaZ 18.10.17; Info KVF-NR 17.10.17)

06.10. Klimaübereinkommen von Paris tritt für die Schweiz am 5. November 2017 in Kraft
– Mit der Übergabe der Ratifikationsurkunde am 6. Oktober 2017 in New York wird

die Schweiz offiziell Mitglied des Klimaübereinkommens von Paris. Es wird für die Schweiz 30 Tage später, also am 5. November 2017, in Kraft treten. Es sieht unter anderem die Begrenzung der globalen Erwärmung auf deutlich unter 2 °C gegenüber vorindustriellen Werten vor. Die Schweiz hatte sich bei den Verhandlungen zum Klimaübereinkommen stark engagiert.

(EDA-Info 06.10.17)

- 05.10. **Zürich gibt grünes Licht für Formel-E-Rennen in der Innenstadt** – In der Zürcher Innenstadt werden am 10. Juni 2018 erstmals Rennautos mit Elektromotoren um die Weltmeisterschaft fahren. Der Zürcher Stadtrat hat das Gesuch des Vereins E-Mobil Zürich bewilligt.
(NZZ 06.10.17)
- 01.10. **Der Güterverkehr auf der Rheintalstrecke rollt wieder** – Nach sieben Wochen Sperre wegen der Gleishavarie bei Rastatt fahren die Züge wieder auf der Rheintalstrecke in Deutschland. Bis sich der Güterverkehr normalisiert und das bisherige Volumen von rund 200 Zügen täglich wieder erreicht wird, dürfte es allerdings noch eine bis zwei Wochen dauern. Das Bundesamt für Strassen hat verfügt, dass alle Umladestationen auf dem Hoheitsgebiet des Bundeslandes Baden-Württemberg bis und mit Montag, 23. Oktober 2017, den schweizerischen Umladestationen gleichgestellt sind.
(NZZ 03.10.17; BBl 2017 S. 6327)
- 29.09. **Schlussabstimmung im Parlament zur Kontrolluntersuchung von Senioren** – Mit den Schlussabstimmungen haben die eidgenössischen Räte die Herbstsession abgeschlossen. Mit 140 zu 49 Stimmen im Nationalrat und 32 zu 3 Stimmen im Ständerat ist die Änderung des Strassenverkehrsgesetzes besiegelt worden, dank der Autofahrer erst ab 75 Jahren zur regelmässigen medizinischen Kontrolluntersuchung müssen.
(NZZ 30.09.17)
- 29.09. **Die Bahn soll vom Volksentscheid zur AHV profitieren** – Rund 440 Millionen Franken werden durch das Volks-Nein zur Rentenreform im Bundesbudget 2018 frei. Gemäss Entscheid des Bundesrats soll die Bahn die Hauptprofiteurin der frei werdenden Gelder sein. So will die Regierung 2018 zusätzlich 295 Millionen Franken in den Bahninfrastrukturfonds legen und damit dem Fonds das rechtliche Maximum zukommen lassen (knapp 5,1 Milliarden Franken). Die Bundesverfassung nennt die Finanzierungsquellen des Fonds, gibt aber in einem Punkt („höchstens“ zwei Drittel der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe) Spielraum. Die restlichen 145 Millionen Franken der frei werdenden Gelder sollen in den Abbau der Bundesschulden fliessen. Die Finanzkommission des Nationalrats will nun aber eine Sonderübung veranstalten, um den Gesamtbetrag für 2018 doch noch in die AHV zu leiten. Die Kommission hat am 13. Oktober eine entsprechende Kommissionsinitiative beschlossen.
(NZZ 30.09.17; NZZ 14.10.17)
- 29.09. **Vernehmlassung zum Ausbauschritt der Bahninfrastruktur 2030/35** – Das Bundesamt für Verkehr (BAV) hat in Zusammenarbeit mit den Kantonen, den Bahnen und der Güterverkehrsbranche zwei Varianten für den Ausbauschritt 2030/35 der Bahninfrastruktur erarbeitet: eine Variante für 7 Milliarden Franken bei einem Realisierungshorizont 2030 sowie eine Variante für 11,5 Milliarden Franken mit einem Realisierungshorizont von 2035. Der Bundesrat empfiehlt Variante Ausbauschritt 2035 zur

Umsetzung, mit welcher die prognostizierten Verkehrsüberlastungen weitgehend aufgefangen werden können. In die Region Zürich fliesst rund die Hälfte der geplanten Investitionen von 12 Milliarden Franken. Damit werden u.a. der Brüttener Tunnel zwischen Zürich und Winterthur, der Zimmerberg-Basistunnel II zwischen Zürich und Zug sowie der Ausbau des Bahnhofs Stadelhofen realisiert. Im Fernverkehr wird auf diversen Strecken der Viertelstundentakt eingeführt. Mit der Variante Ausbauschritt 2030 können hingegen bereits heute absehbare Engpässe in verschiedenen Agglomerationen und auf weitem Bahn-Achsen nicht beseitigt werden. Die Finanzierung der vorgesehenen Ausbauten ist über den Bahninfrastrukturfonds (BIF) gesichert. Die Vernehmlassungsfrist dauert bis zum 15. Januar 2018.

(BAV-Info 29.09.17; UVEK-Unterlagen 29.09.17; NZZ 30.09.17)

26.09. Kostenschub auf der Schiene – Die Schweiz zahlt für die Mobilität einen hohen Preis. 2014 kostete der motorisierte Strassenverkehr 75 Milliarden Franken, der Schienenverkehr 10,5 Milliarden Franken. Seit 2010 schlug die Teuerung beim Bahnverkehr mit 10 Prozent doppelt so stark zu Buche wie beim Strassenverkehr. Am stärksten stiegen die Kosten beim Personenverkehr auf der Schiene, und zwar um 13 Prozent. Das zeigen Zahlen, die das Bundesamt für Statistik veröffentlicht hat.

2014 deckten die Verkehrsbenutzer 84 Prozent der Kosten. Der ungedeckte Betrag belief sich damit auf 13,4 Milliarden Franken. Der private Motorfahrzeugverkehr kam zu 90 Prozent für seine Kosten auf, der öffentliche Strassenverkehr und der Personenverkehr auf der Schiene taten das nur zu 43 beziehungsweise 44 Prozent. Wegen der sechsmal höheren Gesamtkosten des privaten Strassenverkehrs überstieg dessen ungedeckter Anteil dennoch jenen des Personenverkehrs auf der Schiene.

(NZZ 27.09.17)

24. 09. Klares Ja in Zürich zu mehr Rückhalt für den Strassenverkehr – Das Zürcher Stimmvolk stimmt mit 61,2 Prozent Ja-Stimmen überraschend deutlich einem Gegenvorschlag zur SVP-Volksinitiative «Stopp der Verkehrsbehinderung (Anti-Stau-Initiative)» zu. Dieser hat zum Ziel, den motorisierten Individualverkehr als wichtigstes Verkehrsmittel im Kanton Zürich analog dem öffentlichen Verkehr explizit in der Verfassung zu verankern. Zudem verlangt der Gegenvorschlag, dass bestehende Kapazitäten nur verlagert, aber nicht abgebaut werden dürfen. Das betrifft vor allem die Städte. Wenn es nun zum Abbau von Fahrspuren kommt – beispielsweise für Busspuren oder Velowege –, dann muss dies andernorts kompensiert werden.

(NZZ 25.09.17)

24.09. Pendlerabzug wird in Zürich bei 5000 Franken begrenzt – 70 Prozent der Stimmentenden im Kanton Zürich heissen eine Änderung im Steuergesetz gut, wonach für den Abzug der Arbeitswegkosten künftig eine Obergrenze von 5000 Franken gelten soll. Die daraus zu erwartenden Mehreinnahmen aus der direkten Besteuerung werden als Gegenfinanzierung eingesetzt für jene 120 Millionen Franken, die der Kanton Zürich in Zukunft in den Bahninfrastrukturfonds des Bundes einzahlen muss.

(NZZ 25.09.17)

22.09. Flughafen Genf – Le Vengeron: Generelles Projekt für dritten Fahrstreifen genehmigt – An seiner Sitzung vom 22. September 2017 hat der Bundesrat das Generelle Projekt für die Engpassbeseitigung Flughafen Genf – Le Vengeron genehmigt. Das Projekt sieht vor, auf diesem Autobahnabschnitt, je einen dritten Fahrstreifen pro

Fahrtrichtung zu bauen. Diese Kapazitäten sind nötig, um die prognostizierte erhebliche Verkehrszunahme zu bewältigen und die Verkehrssicherheit zu verbessern. Die Kosten dieses Projekts belaufen sich auf 21,5 Millionen Franken und werden vom Bund übernommen.

Das vorliegende Projekt stellt die erste Etappe auf dem Weg zur Beseitigung der Engpässe in der Region Genf dar und ist Bestandteil der vom Parlament beschlossenen Engpassbeseitigung. Mit der Schaffung des Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF) werden die Projekte zur Engpassbeseitigung in das Strategische Entwicklungsprogramm (STEP Nationalstrassen) aufgenommen.

Mittelfristig wird die Nationalstrasse A1 im Bereich der Umfahrung Genf den stetig wachsenden Verkehr nicht mehr bewältigen können. Deshalb ist der Bau eines dritten Fahrstreifens auf dem Autobahnabschnitt zwischen der Verzweigung Perly und dem Anschluss Nyon ein unerlässlicher Schritt auf dem Weg zur Beseitigung dieses Engpasses, und zwar unabhängig von einer allfälligen Realisierung der Seeüberquerung. Dank diesem zusätzlichen Fahrstreifen wird sich die Lage im Vergleich zum aktuellen Zustand wesentlich verbessern. So wird der Verkehr nicht nur flüssiger, sondern auch sicherer. Zu diesem Schluss kommt ein Bericht des Bundesamts für Strassen (ASTRA). Es besteht ein direkter Zusammenhang zwischen der Zahl der Unfälle und dem Grad der Verkehrsüberlastung. Der dritte Fahrstreifen trägt auch zur Erhöhung der Verkehrssicherheit bei.

(ASTRA-Info 22.09.17)

- 22.09. **Ausbau Anschluss Lancy-Süd: Generelles Projekt genehmigt** – An seiner Sitzung vom 22. September 2017 hat der Bundesrat das Generelle Projekt für den Ausbau des Autobahnanschlusses Lancy-Süd (GE) genehmigt. Die geplanten Massnahmen sollen den von Genf-Süd her kommenden und in Richtung Stadtzentrum fliessenden Verkehr aufzunehmen. Im betreffenden Gebiet sind zahlreiche Wohn- und Gewerbebauten geplant. Die Gesamtkosten des Projekts betragen 76,4 Millionen Franken. (ASTRA-Info 22.09.17)

- 22.09. **A1-Halbanschluss und Überdeckung Weiningen: Bundesrat genehmigt Generelles Projekt** – Der Ausbau der Nordumfahrung Zürich schreitet voran. Im Rahmen dieses Projekts wird ein neuer Halbanschluss mit einer zusätzlichen 100 Meter langen Überdeckung des Westportals des Gubristtunnels bei Weiningen realisiert. Der Bundesrat hat das entsprechende Generelle Projekt an seiner Sitzung vom 22. September 2017 genehmigt. 2014 waren gegen das Ausführungsprojekt im Abschnitt Limmattaler-Kreuz bis zum Westportal des Gubristtunnels Beschwerden an das Bundesgericht eingereicht worden, die teilweise gutgeheissen worden waren. Das Bundesamt für Strassen (ASTRA) entschied in der Folge, für diesen Abschnitt gemeinsam mit der Gemeinde Weiningen ein neues Projekt auszuarbeiten. Dieses sieht nun eine Kombination von einem neuen redimensionierten Halbanschluss Weiningen und einer 100 Meter langen Überdeckung vor. Diese schliesst direkt an das westliche Portal der bestehenden 1. und 2. sowie der neuen 3. Röhre des Gubristtunnels an. (ASTRA-Info 22.09.17)

- 22.09. **Erste autonome Busse nehmen in Marly ihren Betrieb auf** – In Marly nehmen die Busse der ersten autonomen Linie des öffentlichen Verkehrs in der Schweiz den Betrieb auf. Es handelt sich um zwei kleine Elektor-Shuttlebusse, die bis zu elf Personen

transportieren. Die Fahrzeuge verbinden die Haltestelle Marly Cité mit dem Marly Innovation Center.

(BaZ 23.09.17)

14.09. Bund federt Unterbruch der Rheintalbahn mit verschiedenen Massnahmen ab – Das Bundesamt für Verkehr (BAV) hat beschlossen, den Operateuren im kombinierten Schienengüterverkehr zusätzliche Abgeltungen auszurichten. Dadurch sollen die Auswirkungen des Streckenunterbruchs der Nord-Süd-Achse in Deutschland abgefedert werden. Der seit dem 12. August 2017 andauernde und voraussichtlich erst am 7. Oktober 2017 behobene Unterbruch der Rheintalbahn bei Rastatt hat für die Infrastrukturbetreiberinnen, Eisenbahnverkehrsunternehmen, Operateure im kombinierten Verkehr sowie die verladende Wirtschaft grosse Auswirkungen. Verminderten Umsätzen stehen höhere Kosten gegenüber. Das BAV hat zur Unterstützung der schweizerischen Verlagerungspolitik und zur Abfederung der verkehrlichen und finanziellen Auswirkungen für das laufende Jahr folgende Massnahmen beschlossen, die per sofort umgesetzt werden:

- Erhöhen der abgeltungsberechtigten Mengen auf Verbindungen, die von der Sperre nicht betroffen sind und als Ausweichrouten verwendet werden (z.B. Verkehre ab Basel);
- Abgeltung von Zügen und Sendungen, die via Brenner oder andere Alpenübergänge im Ausland umgeleitet werden;
- Erhöhung der Betriebsabgeltung auf den von der Sperre betroffenen alpenquerenden Relationen um 300 Franken pro gefahrenen Zug.
- Empfänger dieser zusätzlichen Abgeltungen des Bundes sind die Operateure im kombinierten Verkehr. Der Bund erwartet, dass sie einen bedeutenden Teil der zusätzlichen Mittel zur finanziellen Entlastung an die im alpenquerenden Verkehr tätigen Eisenbahnverkehrsunternehmen weiter reichen.

(BAV-Info 14.09.17)

13.09. Der Alkoholausschank in Raststätten soll erlaubt werden – Nach dem Nationalrat will auch der Ständerat das Alkoholverbot auf Autobahnraststätten aufheben. Nun muss der Bundesrat eine Gesetzesvorlage ausarbeiten. Bisher hatten Sicherheitsbedenken das Parlament davon abgehalten, das seit über 50 Jahren geltende Verbot aufzuheben. Für die Mehrheit im Parlament wiegt nun aber die Wettbewerbsfreiheit schwerer. Ihrer Ansicht nach werden Autobahnraststätten heute diskriminiert, da auch in Restaurants an Autobahnauffahrten Alkohol angeboten wird. Der Vorstoss wurde von der KVF des Nationalrats lanciert.

(BaZ 14.09.17)

13.09. Senioren am Steuer müssen neu erst mit 75 Jahren zum Arzt – Das Parlament will Autofahrer erst ab 75 Jahren zur regelmässigen medizinischen Kontrolluntersuchung schicken. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat dieser Forderung zugestimmt. Heute liegt die Altersgrenze bei 70 Jahren. Die Gesetzesänderung geht auf eine parlamentarische Initiative von Maximilian Reimann (SVP, AG) zurück, die in beiden Räten eine Mehrheit gefunden hatte. Nun stand die konkrete Revisionsvorlage im Ständerat zur Diskussion, die das Alter für die zweijährliche vertrauensärztliche Untersuchung auf 75 Jahre anheben soll. Der Nationalrat hatte sie bereits gutgeheissen.

(BaZ 14.09.17)

- 07.09. **Verbandsklage gegen VW und Amag** – Die Stiftung für Konsumentenschutz (SKS) hat eine Verbandsklage gegen den Autoimporteur Amag und Volkswagen eingereicht. VW und Amag sollen die Autokäufer im Diesel-Skandal widerrechtlich getäuscht haben. In einem nächsten Schritt will die SKS für Schadenersatz klagen. Amag weist die Vorwürfe und Ansprüche zurück.
(BaZ 08.09.17)
- 28.08. **Nationalstrassennetz in gutem Zustand** – Erstmals hat das Bundesamt für Strassen (ASTRA) einen Bericht zum Zustand des Nationalstrassennetzes publiziert. Dieser kommt zum Schluss, dass sich das Netz in einem guten Gesamtzustand befindet. Die Zustandserfassung umfasste die Fahrbahnen und Beläge, Kunstbauten, Tunnel und Untertagebauten sowie die Betriebs- und Sicherheitsausrüstungen. Bei den Fahrbahnen und Belägen wurden fast 84 Prozent als gut oder mittel bewertet, 12 Prozent als ausreichend und 4 Prozent als kritisch oder schlecht. Bei den Kunstbauten sind 86 Prozent als gut oder akzeptabel, 12 Prozent als beschädigt und 2 Prozent als schlecht bewertet. Als alarmierend wurde keine Kunstbaute eingestuft. Die Sicherheit ist denn auch bei den als schlecht bewerteten Kunstbauten jederzeit gewährleistet. 85 Prozent der Tunnels und Untertagebauten sind in einem guten oder akzeptablen Zustand, 13 Prozent beschädigt und 2 schlecht. Auch hier wurde kein Bauwerk als alarmierend eingestuft. Bei den Betriebs- und Sicherheitsanlagen sind 54 Prozent der Anlagen als gut und 46 Prozent als annehmbar bewertet worden. Aufgrund der Alterung der Nationalstrassen, der zunehmenden Belastung und des Wachstums des Netzes – wegen der Netzfertigstellung und der Übernahme von rund 400 Kilometern Kantonsstrassen durch den Bund per 2020 – werden die Unterhaltskosten tendenziell steigen. Mit dem Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF) wurden die finanziellen Voraussetzungen geschaffen, um die benötigten Finanzen kurz- und mittelfristig zu sichern. Um das Nationalstrassennetz neu zu beschaffen, wären heute rund 81.3 Milliarden Franken nötig.
(ASTRA-Info 28.08.17)
- 23.08. **Bundesrat legt zur «Velo-Initiative» direkten Gegenentwurf vor** – Der Bundesrat hat den direkten Gegenentwurf zur Volksinitiative «Zur Förderung der Velo-, Fuss- und Wanderwege (Velo-Initiative)» verabschiedet. Er unterstützt die Forderung, dass der Bund bei den Velowegen die gleichen Aufgaben wahrnehmen soll wie bei den Fuss- und Wanderwegen, lehnt aber diejenigen Bestandteile der Initiative ab, die wesentlich darüber hinausgehen. Er schlägt den eidgenössischen Räten deshalb vor, die Velo-Initiative abzulehnen und ihr einen direkten Gegenentwurf gegenüberzustellen. Gemäss diesem Gegenvorschlag soll der Bund seine Kompetenzen im Bereich der Velowege wie bei den Fuss- und Wanderwegen auf eine einfache Grundsatzgesetzgebung und subsidiäre Aufgaben beschränken. Mit der Ergänzung des Verfassungsartikels soll dem Bund konkret ermöglicht werden, Grundsätze für Velowegnetze festzulegen und Massnahmen der Kantone und Dritter zur Anlage und Erhaltung von Velowegnetzen sowie die Information darüber zu unterstützen und zu koordinieren.
(ASTRA-Info 23.08.17)
- 17.08. **Transport-Chaos wegen Streckenunterbruch des Bahnkorridors in Süddeutschland** – Die Folgen eines Unterbruchs der Eisenbahnstrecke bei Rastatt in Deutschland wegen einer massiven Trassensenkung sind für den Gütertransport in und durch die Schweiz gravierend. Die Sperrung dieser zentralen Nord-Süd-Bahnverbindung und

einer der wichtigsten Gütertransportstrecken in Europa verlängert die Reisezeit für Passagiere und bringt den Containertransport in Nöte. Ausweichrouten sind kaum vorhanden oder haben ihre Tücken. Die Logistikbranche hat begonnen, gewisse Lieferungen via Lastwagen in die Schweiz zu bringen. Andere Ausweichmöglichkeiten sind der linksrheinische Bahnkorridor oder die Rheinschifffahrt. Die Wiedereröffnung der Rheintalbahn wird auf den 7. Oktober 2017 in Aussicht gestellt.

(NZZ 17.08.17; BaZ 17.08.17; BaZ 23.08.17)

- 10.08. **Uber macht seine Chauffeure zu Profis** – Etwas überraschend hat Uber angekündigt, den Fahrdienst Uber Pop in Zürich nicht mehr anzubieten. Gründe dafür sind eine eidgenössische Verordnung, Polizeikontrollen und ein Gerichtsurteil. Gemäss der Verordnung über die Arbeits- und Ruhezeit der berufsmässigen Führer von leichten Personentransportfahrzeugen und schweren Personenwagen dürfen die für neuartige Transportdienste wie Uber Pop tätigen Amateure nichts verdienen und höchstens zwei Mal alle 16 Tage eine Fahrt unternehmen. Wenn die Gelegenheitsfahrer häufiger unterwegs wären oder „ein wirtschaftlicher Erfolg erzielt“ würde, kämen sie in die Profi-Kategorie, in der sie deutlich mehr Auflagen erfüllen müssten: zum einen die entsprechende Führerprüfung zum „gewerbmässigen Personentransport“ bestehen und zum anderen im Fahrzeug einen Fahrtenschreiber anbringen, damit die vorgeschriebenen Arbeits-, Ruhe- und Lenkzeiten kontrolliert werden können.

(NZZ 11.08.17)

- 10.08. **So wenig Verkehrstote wie Jahrzehnte nicht mehr** – Der Verkehr wird immer sicherer. 2016 liessen in der Schweiz rund 240 Menschen bei Strassen-, Bahn- und Flugunfällen ihr Leben, so wenige wie nie mehr seit mindestens 77 Jahren, wie aus einer Gesamtschau des Bundesamts für Statistik hervorgeht. Seinen Höhepunkt erreichte das Unfallgeschehen 1971 mit fast 2000 Getöteten. Fast 1800 Menschen verloren in jenem Jahr allein bei Strassenunfällen das Leben, dies obwohl damals nicht einmal ein Drittel so viele Autos in der Schweiz verkehrte wie heute. Seither ging die Anzahl der Verkehrstoten um nicht weniger als 88 Prozent zurück. Zur grössten Unfallursache im Strassenverkehr zählt nach wie vor übersetzte oder unangepasste Geschwindigkeit, gefolgt von Alkoholkonsum sowie Drogen- und/oder Medikamenteneinnahme. Sicherstes Verkehrsmittel bleibt die Bahn. Das Sterberisiko pro zurückgelegter Distanz ist im Auto 28 Mal grösser als im Zug. Am gefährlichsten leben Töfffahrer mit einem im Vergleich zur Bahn 577-fach erhöhten Risiko.

(NZZ 11.08.17; BaZ 11.08.17)

- 28.07. **Der Ausbruch des Ceneri-Basistunnels ist abgeschlossen** – In diesen Tagen hat die Alptransit Gotthard AG (ATG) den Startschuss für den Einbau der Bahntechnik im Ceneri-Basistunnel gegeben, das heisst für den Einbau von Fahrbahn, Stromversorgung sowie Steuerungs- und Sicherungsanlagen. Damit ist das dritte und vorläufig letzte Grossbauwerk der neuen Eisenbahn-Alpentransversalen (Neat) durch die Schweiz auf die Zielgerade eingebogen. Mit der offiziellen Eröffnung und der Übergabe an die SBB wird auf Ende August/Anfang September 2020 gerechnet.

(NZZ 03.08.17)

- 13.07. **Keine Preiserhöhungen im öV** – Die öV-Branche hat entschieden, für das nächste Jahr auf eine nationale Preiserhöhung zu verzichten. Die Branche setzt damit die Absicht um, künftige Preiserhöhungen wenn möglich zu vermeiden. Der öffentliche Verkehr

soll in Zukunft gegenüber den anderen Mobilitätsträgern wettbewerbsfähig und für alle Kunden erschwinglich und attraktiv bleiben. Obschon die Trassepreiserhöhungen des vergangenen Jahres mit den im Dezember 2016 eingeführten Preiserhöhungen nicht vollständig kompensiert werden konnten, sei es gelungen, die Preise stabil zu halten. Die Gründe dafür seien die fortlaufenden Effizienz- und Produktivitätssteigerungen und die greifenden Kostensenkungsmassnahmen der Unternehmen, schreibt die Tarifgemeinschaft Direkter Verkehr Schweiz „ch-direkt“.
(Info CH-Direkt 13.07.17)

06.07. Strengere Effizienzkriterien für Neuwagen ab 1. Januar 2018 – Das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK verschärft die Energieeffizienz-Kategorien der Energieetikette für Personenwagen. Die Anpassung erfolgt im Rahmen der gemäss Energieverordnung vorgeschriebenen jährlichen Überprüfung. Durch die Verschärfung wird sichergestellt, dass erneut nur ein Siebtel aller Neuwagenmodelle in die beste Effizienz-Kategorie A fällt. Die neuen Kategorien gelten ab 1. Januar 2018.

Die Energieetikette wird vom UVEK jährlich (Stichtag: 31. Mai) dem neusten Stand der Technik angepasst, da sonst der Anteil an Fahrzeugen in der besten Effizienz-Kategorie A ständig zunehmen würde. Dabei werden auch die Faktoren zur Berechnung der Benzinäquivalente, die Faktoren der CO₂-Emissionen aus der Treibstoff- und Strombereitstellung und der Primärenergie-Benzinäquivalente überprüft und an die neuen Erkenntnisse der Wissenschaft und Technik sowie an die internationalen Entwicklungen angepasst. Dabei kam es bei der diesjährigen Aktualisierung zu deutlichen Änderungen bei Erdgas und Strom. Neu wurde zudem Wasserstoff in die Verordnung VEE-PW aufgenommen. Somit können auch Brennstoffzellenfahrzeuge mit einer Energieetikette gekennzeichnet werden. Als Basis zur Berechnung der Faktoren für Wasserstoff wurde der Herstellungspfad des Wasserstoff-Mixes verwendet, der an den öffentlich zugänglichen Wasserstoff-Tankstellen in der Schweiz getankt werden kann.

Auf der Energieetikette muss auch der Durchschnittswert der CO₂-Emissionen aller in der Vorperiode (1. Juni - 31. Mai) in Verkehr gesetzten Neuwagen ausgewiesen werden. Dieser lag bisher bei 139 Gramm CO₂ pro Kilometer. Durch verbesserte Motoren sinken Treibstoffverbrauch und CO₂-Emissionen von Neuwagen jedoch stetig ab, so dass der durchschnittliche CO₂-Ausstoss für die Neuwagen-Modelle in der Schweiz neu bei 133 g/km liegt.

(UVEK-Info 06.07.17)

05.07. Bundesrat vertieft Mobility Pricing mit kantonaler Wirkungsanalyse – Mobility Pricing könne dazu beitragen, Verkehrsspitzen zu glätten und Kapazitäten auf Strasse und Schiene besser zu nutzen. Deshalb hat der Bundesrat das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) an seiner Sitzung vom 5. Juli 2017 beauftragt, das Thema mit einer Wirkungsanalyse am Beispiel des Kantons Zug weiter zu vertiefen. Im Rahmen dieser Arbeiten soll untersucht werden, wie sich benützungabhängige Verkehrsabgaben auf Mobilität und Bevölkerung auswirken. Das UVEK wird die vertiefenden Untersuchungen sowie die Wirkungsanalyse am Beispiel des Kantons Zug bis im Sommer 2019 erarbeiten und gestützt darauf Vorschläge für das weitere Vorgehen unterbreiten. Denkbar ist, dass Mobility Pricing in einer weiteren Etappe mit freiwilligen „Testkunden“ in der Praxis getestet wird. Für den Bund ist Mobility Pricing ein Instrument zur Lösung von Kapazitätsproblemen und nicht zur

Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur.
(UVEK-Info 05.07.17)

- 28.06. **Bundesrat fördert Schnellladestationen entlang der Nationalstrassen** – Elektroautos spielen im Strassenverkehr eine immer wichtigere Rolle und tragen zur Erreichung der energie- und klimapolitischen Ziele des Bundes bei. Deshalb will der Bundesrat die Rahmenbedingungen zur Schaffung eines leistungsstarken Netzes von Ladestationen entlang der Nationalstrassen verbessern. Der vom Bundesrat gutgeheissene Bericht zum Postulat „Voraussetzungen für ein Schnellladenetz für Elektroautos auf Nationalstrassen“ der nationalrätlichen Verkehrskommission zeigt auf, wie der Aufbau eines Schnellladenetzes erleichtert werden kann. Der Bundesrat hat den Bericht an seiner Sitzung vom 28. Juni 2017 gutgeheissen.

Nach geltendem Recht können entlang der Nationalstrassen Schnellladestationen nur auf Raststätten errichtet werden. Heute sind zwölf solcher Ladestationen in Betrieb, weitere sind in Planung. Mit der Umsetzung des Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF) wird es voraussichtlich ab 1.1.2018 möglich sein, auch auf Rastplätzen Schnellladestationen zu bauen. Damit das Netz rasch entsprechend ergänzt werden kann, ist es wichtig, dass auf den Nationalstrassen eine Stromversorgung mit den notwendigen Anschlüssen zur Verfügung gestellt werden kann. Der Bund unterstützt dies, weil es auf Rastplätzen – anders als bei den Raststätten – keine Shops oder Restaurants gibt, mit denen das Geschäftsmodell kombiniert werden könnte. Die Betreiber sollen einen Deckungsbeitrag an die Strominfrastrukturkosten tragen, aber nicht gezwungen sein, innerhalb der Bewilligungsdauer die gesamten Investitionen zu amortisieren. Ein offenes Bewerbungsverfahren soll den Interessenten zudem die Möglichkeit geben, sich mit wenig Aufwand für mehrere Standorte gleichzeitig zu bewerben.

(ASTRA-Info 28.06.17)

- 28.06. **Bundesrat empfiehlt Anpassungen beim Verkehrssicherheitspaket Via sicura** – Vier Jahre nach Inkrafttreten der ersten Massnahmen zieht der Bundesrat eine Bilanz zum Verkehrssicherheitspaket Via sicura. Diese fällt grundsätzlich positiv aus: Das Alkoholverbot für Neulenkende und Berufschaffende, das Lichtobligatorium am Tag für Motorfahrzeuge, die Regelung bei Raserdelikten sowie die Infrastrukturmassnahmen haben die Verkehrssicherheit erhöht. Seit 2013 wurden 17 Massnahmen in Kraft gesetzt. Die Via-sicura-Massnahmen haben die Verkehrssicherheit verbessert. Zwischen 2013 und 2015 konnten mindestens 100 Schwerverunfallte (Tote und Schwerverletzte) verhindert werden. Auch 2016 konnte im Vergleich zum langjährigen Trend eine überproportionale Abnahme bei den Verkehrstoten verzeichnet werden. Das geht aus einem Bericht hervor, den der Bundesrat im Auftrag des Ständerats verfasst und an seiner Sitzung vom 28. Juni 2017 verabschiedet hat.

Um Via sicura noch effizienter zu gestalten, werden im Bericht punktuelle Anpassungen zur Diskussion gestellt. Demnach könnte bei der Regelung von Raserdelikten auf eine Mindestfreiheitsstrafe verzichtet, die Mindestdauer des Führerausweisentzugs auf sechs Monate gesenkt und den Gerichten bei der Anwendung des Rasertatbestands ein grösserer Ermessensspielraum eingeräumt werden. Aufgrund des Evaluationsberichts stellt der Bundesrat zudem zur Diskussion, die Regelung zum Rückgriff der Haftpflichtversicherer bei Alkohol- oder Raserdelikten anzupassen. Die heutige Rückgriffspflicht würde demnach wieder in ein Rückgriffsrecht umgewandelt, wie dies vor Via Sicura der Fall war. Bei zwei Massnahmen, deren Inkrafttreten ab 2019 geplant

war, stellt der Bundesrat zur Diskussion, auf eine Umsetzung zu verzichten: Bei Alkohol-Wegfahrsperrern für einschlägig vorbestrafte Personen sowie bei Datenaufzeichnungsgeräten (Blackbox) für Personen, die wegen Tempoüberschreitungen ihren Führerausweis abgeben müssen, soll verzichtet werden. Für beide Massnahmen zeigte sich im Zuge der Vorbereitungsarbeiten, dass der Aufwand im Vergleich zum Nutzen zu hoch ist.

(ASTRA-Info 28.06.17)

28.06. Neuer Massnahmenplan zur Bekämpfung von Lärm – Der Bundesrat will noch gezielter als bisher gegen Lärm vorgehen. Er hat deshalb einen «Nationalen Massnahmenplan zur Verringerung der Lärmbelastung» verabschiedet. Im Vordergrund stehen die vermehrte Bekämpfung des Lärms an der Quelle und die Förderung von Ruhe und Erholung in der Siedlungsentwicklung. Beim Strassenlärm will der Bund beispielsweise die Weiterentwicklung von lärmarmen Strassenbelägen initiieren und unterstützen. Zudem soll die Förderung von leisen Fahrzeugen geprüft werden. Beim Eisenbahnverkehr setzt der Bund weiterhin auf die Entwicklung von lärmarmen Infrastruktur und die Förderung von leiseren Güterwagen, beim Flugverkehr im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit auf die Senkung der Lärmemissionen von Flugzeugen.

(BAFU-Info 28.06.17)

28.06. Transport gefährlicher Güter auf Strasse und Schiene: Risiken werden streng kontrolliert – Die Schweiz verfügt über fortschrittliche Grundlagen, um die Risiken bei Transporten gefährlicher Güter auf Strasse und Schiene zu überwachen und, wenn nötig, Massnahmen zu ergreifen. Die Risiken für die Bevölkerung sind auf Schiene und Strasse akzeptabel. Dies geht aus einem Bericht des Bundesrates hervor, der in Erfüllung eines Postulats der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Ständerates zur Minderung solcher Risiken erstellt wurde. Die zuständigen Bundesämter (Bundesamt für Verkehr BAV, Bundesamt für Strassen ASTRA und Bundesamt für Umwelt BAFU) überwachen die Risiken mit gemeinsam entwickelten Instrumenten auf dem gesamten Verkehrsnetz. So können sie frühzeitig Risiken, die zunehmen, z.B. aufgrund der Siedlungsentwicklung, erkennen und entsprechend handeln. Dies war zuletzt bei den Chlortransporten in Kesselwagen auf der Schiene der Fall: 2016 wurden in der zweiten Gemeinsamen Erklärung strenge Ziele für die Risikominderung und entsprechende Massnahmen mit den betroffenen Unternehmen und Behörden vereinbart, um die Risiken solcher Transporte für die Bevölkerung entlang der Bahnlinien zu senken. Auf den Nationalstrassen weisen nach der jüngsten Gesamtschau weniger als 0,5 Prozent der Strecken ein erhöhtes Risiko bezüglich Gefahrtransporte auf. Das ASTRA passt diese Verkehrswege im Rahmen von Neubauten, Ausbauten, Umbauten oder Sanierungen laufend dem aktuellen Stand der Sicherheitstechnik an. Auf der Schiene bestehen keine inakzeptablen Risiken.

(UVEK-Info 28.06.17)

22.06. Energieverbrauch 2016 um 1,9 Prozent gestiegen – Der Endenergieverbrauch der Schweiz ist 2016 gegenüber dem Vorjahr um 1,9 Prozent auf 854 300 Terajoule (TJ) gestiegen. Ein wichtiger Grund dafür ist die im Vergleich zum Vorjahr kühlere Witterung. Zum höheren Energieverbrauch haben auch die langfristigen Treiber wie die ständige Wohnbevölkerung (+1,1%), das Bruttoinlandprodukt (+1,3%), der Motorfahrzeugbestand (+1,6%) und der Wohnungsbestand (Zuwachs, es liegen jedoch noch

keine detaillierten Zahlen vor) beigetragen. Der Treibstoffverbrauch insgesamt hat erstmals seit drei Jahren gegenüber dem Vorjahr wieder leicht zugenommen (+0,4%). Der Trend zur Substitution von Benzin durch Dieseltreibstoff setzte sich ungebrochen fort: Der Absatz von Dieselöl erhöhte sich um 1,1 Prozent, der Benzinverbrauch ging um 3,1 Prozent zurück. Der Absatz von Flugtreibstoffen stieg um 4,7 Prozent. Die fossilen Treibstoffe machen gut einen Drittel (34,2%) am gesamten Endenergieverbrauch aus. Der Verbrauch der biogenen Treibstoffe nahm gegenüber dem Vorjahr wiederum deutlich zu (+72,0%) und hat sich somit innerhalb der letzten drei Jahre insgesamt veriebenfacht. Der Anteil der biogenen Treibstoffe am gesamten Absatz von Benzin und Diesel lag 2016 bei 1,6 Prozent (2015: 0,9%). Neben der Befreiung der biogenen Treibstoffe von der Mineralölsteuer wirkt sich auch deren Anrechnung als CO₂-Kompensationsmassnahme verbrauchssteigernd aus.

(BFE-Info 22.06.17)

22.06. **Mehr Staus wegen Verkehrsüberlastung und Unfällen auf den Nationalstrassen –**

Die Anzahl Stautunden nahm 2016 im Vergleich zum Vorjahr weiter zu; sie wuchs aber weniger stark als im 2015 trotz weiter wachsendem Verkehr. Das geht aus dem Verkehrsflussbericht des Bundesamts für Strassen (ASTRA) hervor. Der Verkehr auf den Nationalstrassen staute sich während insgesamt 24 066 Stunden. Dies entspricht einer Zunahme um 5,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr (2015: +6,1%). Hauptursache war die Verkehrsüberlastung (21'211 Std). Es gab zudem mehr Staus wegen Unfällen (2'420 Std). Um die Situation zu verbessern, hat das ASTRA verschiedene Sofortmassnahmen lanciert. Sie ergänzen die auf neuralgischen Abschnitten laufenden Projekte zur Beseitigung von Engpässen sowie zur punktuellen Umnutzung der Pannestreifen.

(ASTRA Info 22.06.17)

21.06. **Die Welt der Mobilität im Wandel –** Die 72. Mitgliederversammlung von **strasseschweiz – Verband des Strassenverkehrs FRS** stand im Zeichen der grossen Veränderungen in der Mobilität und bei den Verkehrsträgern, wie sie sich aufgrund von gesellschaftlichen und technischen Entwicklungen sowie der aktuellen ökologischen Rahmenbedingungen abzeichnen. Zur gesamtheitlichen Formulierung und für eine verbesserte Koordination der gemeinsamen Interessen seiner Mitglieder gab sich der Dachverband des privaten Strassenverkehrs, der Automobilwirtschaft und des Strassentransportgewerbes eine neue Struktur der Entscheidungsorgane sowie der Trägerschaft. Die Mitgliederversammlung genehmigte mit einer umfassenden Statutenrevision die Neuausrichtung des Verbandes und führte die Wahlen in das Präsidium und in den Vorstand durch. Zum Präsidenten für die Dauer eines Jahres wurde Peter Goetschi, Zentralpräsident TCS, gewählt. Der bisherige Präsident Rudolf Zumbühl wurde nach insgesamt fünfjähriger Amtszeit ehrenvoll verabschiedet.

(Info strasseschweiz 21.06.17)

21.06. **Durchstich bei dritter Belchenröhre ist erfolgt –** 72 Wochen nach dem Andrehen in Hägendorf hat die Tunnelbohrmaschine nach 3200 Metern im Belchen Eptingen erreicht. 2018 kann mit dem Ausbau begonnen werden, die Inbetriebnahme des 500-Millionen-Franken-Bauwerks ist für 2021 geplant.

(BaZ 21.06.17)

- 21.06. Bund will Synergien zwischen Verkehrs- und Strominfrastrukturen besser nutzen –** Verkehrsinfrastrukturen können mit Hochspannungsleitungen kombiniert werden. Zu diesem Schluss kommt ein Bericht des Bundesrats. Demnach sind technische und rechtliche Hürden für eine mehrfache Nutzung von Nationalstrassen oder wichtiger Bahnverbindungen überwindbar. Oft werden die Synergien zwischen den Infrastrukturen aber nicht rechtzeitig erkannt. Mit seinem Bericht zu multifunktionalen Verkehrsinfrastrukturen erfüllt der Bundesrat ein von alt Nationalrat Rudolf Rechsteiner (SP, BS) eingereichtes Postulat. Der Bericht, den der Bundesrat am 21. Juni 2017 verabschiedet hat, hält fest, dass die Bündelung von Infrastrukturen beziehungsweise deren multifunktionale Nutzung die Landschaft entlastet und den Bodenverbrauch mindert. (Info ARE 21.06.17)
- 13.06. Alkohol auf der Autobahn soll erlaubt werden –** Der Nationalrat hat eine Motion seiner Verkehrskommission angenommen, die Ausschank und Verkauf von Alkohol auf Raststätten zulassen will. Bisher hatten Sicherheitsbedenken das Parlament davon abgehalten, das seit über fünfzig Jahren geltende Verbot aufzuheben. Für die Mehrheit des Nationalrats wiegt nun aber der Wettbewerbsnachteil für Raststättenbetreiber schwerer. (BaZ 14.06.17)
- 13.06. Senioren erst mit 75 Jahren zur Arztkontrolle –** Der Nationalrat will Autofahrer ab 75 Jahren zur zweijährigen medizinischen Kontrolle schicken und nicht wie heute mit 70. Der Rat ist der Ansicht, dass die Altersgrenze erhöht werden kann, da heutige Rentner rüstiger seien als frühere. Urheber der Gesetzesänderung ist SVP-Nationalrat Maximilian Reimann (SVP, AG), der mit einer parlamentarischen Initiative die Heraufsetzung der periodischen vertrauensärztlichen Kontrolluntersuchung für Senioren-Autofahrer vom 70. auf das 75. Altersjahr verlangt hatte. (BaZ 14.06.17; NZZ 14.06.17)
- 12.06. Verbrauch von Neuwagen lag 2016 bis 5,79 Liter pro 100 km –** Die in der Schweiz im Jahr 2016 neu zugelassenen Personenwagen haben einen Durchschnittsverbrauch von 5,79 Liter Benzinäquivalent pro 100 Kilometer. Gegenüber dem Vorjahr (5,85 l/100 km) entspricht dies einer Abnahme von 1 Prozent. 2016 wurden rund 319'700 Personenwagen neu zugelassen, das sind 2,9 Prozent weniger als im Vorjahr. Der Anteil der ganz oder teilweise elektrisch betriebenen Personenwagen an der Neuwagenflotte lag 2016 bei 2 Prozent (2015: 1,9%). Auch der Anteil der Dieselfahrzeuge stieg marginal an und beträgt neu 39,5 Prozent (2016: 39,3%). Die Vergleichbarkeit der verschiedenen Treibstoffe wird gewährleistet, indem der Verbrauch in Benzineinheiten angegeben wird (sog. Liter Benzinäquivalent, LBÄ), wie dies seit 2012 auch für die Energieetikette erfolgt. Die technische Effizienz der Neuwagen verbesserte sich im Jahr 2016 weiter. Der Energieverbrauch pro 1'000 kg Fahrzeuggewicht sank um rund 3,1 Prozent auf 3,7 LBÄ/100km (2015: 3,82 LBÄ/100 km). Beim Leergewicht ist indes ein Anstieg auf 1'565 kg zu verzeichnen (2015: 1'532 kg). Der durchschnittliche Hubraum nahm 2016 um 0,4 Prozent auf neu 1'790 ccm zu (2015: 1'783 ccm). Die Entwicklung hin zu kleineren Motoren hat sich seit 2011 nicht mehr fortgesetzt. (BFE-Info 12.06.17)
- 12.06. Nur geringe Absenkung der CO₂-Emissionen von Neuwagen im Jahr 2016 –** Nachdem die Schweizer Autoimporteure den durchschnittlichen Zielwert von 130 g

CO₂/km im Jahr 2015 nicht erreicht hatten, verfehlten sie ihn auch im Jahr 2016. Die durchschnittlichen CO₂-Emissionen der 319'300 Neuwagen lagen bei rund 134 g CO₂/km (2015: 135 g CO₂/km). Das seit 2015 für die gesamte Flotte geltende Ziel von 130 g CO₂/km wurde somit im Durchschnitt wiederum knapp verfehlt. Ihre individuellen Zielvorgaben haben hingegen nur 19 von 89 registrierten Grossimporteuren überschritten (2015: 26 von 93), die meisten davon um weniger als 4 g/km. Diese Überschreitung des Zielwerts wurde mit Sanktionen in der Höhe von rund 2.4 Millionen Franken gebüsst. Nach Verrechnung der Vollzugskosten von rund 1,3 Millionen Franken resultiert ein Nettoertrag aus dem Vollzugsjahr 2016 von 1,1 Millionen Franken. Dieser Betrag wird im Jahr 2018, vorbehaltlich des Bundesratsentscheids zum Inkrafttreten, dem Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds NAF als Nachfolgelösung des Infrastrukturfonds zugewiesen.

(BFE-Info 12.06.17)

- 12.06. Erwarteter Übungsabbruch beim Verfassungsartikel zu Energie-Lenkungsabgaben** – In der Bundesverfassung wird definitiv kein Artikel zu Energie-Lenkungsabgaben verankert. Nach dem Nationalrat hat sich auch der Ständerat dagegen ausgesprochen. Der Entscheid war nur noch eine Formsache, eine Abstimmung erübrigte sich. Der Ständerat beschloss oppositionslos, nicht auf die Vorlage des Bundesrats einzutreten. Ein neuer Verfassungsartikel hätte dem Bund ermöglicht, Klimaabgaben auf Brenn- und Treibstoffen sowie eine Stromabgabe zu erheben. Zumindest in einer ersten Phase wollte der Bundesrat auf Treibstoffen keine Abgabe erheben. Dieser Vorschlag des Bundesrats für ein Klima- und Energielenkungssystem (Kels) fand keine Unterstützung.
(BaZ 13.06.17; NZZ 13.06.17)
- 07.06. Grünes Licht für den Pariser Klimavertrag** – Die Schweiz kann das Pariser Klimaabkommen ratifizieren. Der Ständerat hat sich als Zweitrat deutlich dafür und für eine CO₂-Reduktion um 50 Prozent ausgesprochen. Heftig kritisiert wurde der Entscheid von US-Präsident Donald Trump, aus dem Abkommen auszusteigen. In der Schlussabstimmung am 16. Juni wird der Bundesbeschluss über die Genehmigung des Klimaübereinkommens von Paris im Nationalrat mit 126 zu 63 Stimmen und im Ständerat mit 40 zu 3 Stimmen verabschiedet.
(NZZ 08.06.17; BaZ 08.06.17; NZZ 17.06.17)
- 01.06. Rückschläge beim Schienengüterverkehr sind absehbar** – Trotz Öffnung der NEAT am Gotthard hätten noch keine Produktionsgewinne im internationalen Verkehr erzielt werden können. Diese Feststellung geht aus einer Studie der Hupac und der Bahnen hervor. Auf dem Güterverkehrskorridor zwischen Rotterdam und Genua verpuffen aktuell 90 Prozent des möglichen Zeitgewinns durch Warten, weshalb die Unternehmen weiterhin nach den Fahrplänen von 2015 rollen. Hauptgrund für den Missstand sind neben der fehlenden Abstimmung in der Trassenplanung die Verzögerungen bei den notwendigen Ausbau-Massnahmen in den anderen Ländern entlang des Korridors. Die kritischen Blicke richtet das Hupac-Management nicht nach Süden, sondern gegen Norden. Auch nach der Vollendung der Neuen Eisenbahn-Alpentransversale (Neat) im Jahr 2020 in der Schweiz bleiben auf der nördlichen Hauptzulaufstrecke möglicherweise Infrastrukturengpässe bis 2040 bestehen.
(BaZ 02.06.17; NZZ 02.06.17)

- 21.05. **Das Volk will die Energiewende** – Die Schweizer Stimmberechtigten haben das revidierte Energiegesetz mit 58,2 Prozent Ja (1'322'263 Ja gegen 949'053 Nein) deutlicher als erwartet angenommen. Damit ist die Energiewende nun auch vom Volk breit legitimiert und sechs Jahre nach Fukushima das Ende der Atomkraft in der Schweiz beschlossen. Anstelle der Atomenergie setzt die Schweiz auf mehr Effizienz im Verbrauch und baut die erneuerbaren Energien aus. Energieministerin Doris Leuthard bedankte sich für das Vertrauen des Stimmvolks, das zugestimmt hat, ohne das zweite Paket der Energiewende zu kennen. Darin geht es vor allem um die Neugestaltung des Strommarktes, um die Zukunft der unrentablen Wasserkraftwerke und um die CO₂-Lenkungsabgabe, bei der derzeit kein Konsens absehbar ist.
(NZZ 22.05.17; BBl 2017 S. 4865)
- 21.05. **Umfahrungsstrasse um Aarwangen genehmigt** – Mit einem Ja-Stimmenanteil von 60,1 Prozent hat das Berner Stimmvolk den Projektierungskredit von 6,6 Millionen Franken für eine Umfahrungsstrasse bei Aarwangen angenommen. Das Bauvorhaben, gegen dessen Projektierungskredit der Verkehrsclub der Schweiz VCS das Referendum ergriffen hatte, soll zur besseren Erschliessung der Region Emmental beitragen.
(Berner Zeitung 22.05.17)
- 21.05. **Basel-Stadt will keinen Veloring** – Rund um das Basler Stadtzentrum soll es keinen Veloring geben. Dies hat das Basler Stimmvolk entschieden und den Veloring deutlich mit 58 Prozent Nein-Stimmenanteil abgelehnt. Der Veloring – ein 25-Millionen-Franken-Projekt – hätte Wohnquartiere, Bahnhöfe, Arbeitsplätze und Schulen verbinden sollen.
(SRF News 21.05.17)
- 17.05. **Bundesrat will flankierende Massnahmen zur verkehrsmedizinischen Untersuchung ab 75** – Seniorinnen und Senioren sollen sich künftig erst ab 75 Jahren einer verkehrsmedizinischen Untersuchung unterziehen müssen: Der Bundesrat unterstützt diesen Vorschlag der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Nationalrats (KVF-N), will die neue Regelung aber mit flankierenden Massnahmen ergänzen. Er hat eine entsprechende Stellungnahme zuhanden des Parlaments verabschiedet.
(Info ASTRA 17.05.17)
- 16.05. **Mikrozensus Mobilität und Verkehr 2015** – Die Schweizer Wohnbevölkerung legte 2015 im Inland pro Person und Tag durchschnittlich 36,8 Kilometer zurück und brauchte dazu 90,4 Minuten. Verglichen mit dem Jahr 2010 hat sich die Tagesdistanz pro Person kaum verändert. Wichtigstes Verkehrsmittel bleibt mit einem Distanzanteil von 65 Prozent das Auto. Erneut etwas dazugewonnen hat die Bahn: Ihr Anteil stieg gegenüber 2010 von 19 auf 20 Prozent. Verglichen mit dem Jahr 2010 sind die Anzahl Autokilometer pro Person und Tag sowie der Besetzungsgrad der Personenwagen nahezu stabil geblieben. Dass der Strassenverkehr in den letzten Jahren dennoch zugenommen hat, ist vor allem auf das Bevölkerungswachstum zurückzuführen. Mit Abstand wichtigster Verkehrszweck ist und bleibt die Freizeit. Rund 44 Prozent der Tagesdistanzen im Inland werden im Zusammenhang mit Freizeitaktivitäten zurückgelegt. Es folgen die Arbeitswege mit einem Anteil von 24 Prozent und die Einkaufswege mit 13 Prozent. Die Freizeit bleibt selbst dann knapp wichtigster Verkehrszweck, wenn lediglich die Tage von Montag bis Freitag betrachtet werden. Mehr als drei Viertel (78%) der Haushalte besaßen 2015 mindestens ein Auto, 65 Pro-

zent ein Velo. Gegenüber 2010 ist der Autobesitz der Haushalte um 1 Prozentpunkt, der Velobesitz um 3 Prozentpunkte zurückgegangen.

Diese Aussagen zum schweizerischen Verkehr gehen aus dem «Mikrozensus Mobilität und Verkehr» hervor, einer vom Bundesamt für Statistik (BFS) und vom Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) gemeinsam durchgeführten Erhebung.

(Info BFS/ARE 16.05.17)

- 10.05. **Bundesrat setzt das revidierte Landesversorgungsgesetz in Kraft** – Der Bundesrat hat das vollständig revidierte Landesversorgungsgesetz und die dazugehörigen Verordnungen auf den 1. Juni 2017 in Kraft gesetzt. Die Fragen im Zusammenhang mit der vom Parlament neu geforderten Erhöhung der Widerstandsfähigkeit von Versorgungsinfrastrukturen und der Dynamisierung des Instrumentariums zur Bewältigung von schweren Mangellagen werden nun gemeinsam mit der Wirtschaft geprüft und anschliessend Massnahmen festgelegt. Bewährte Prinzipien und Instrumente der WL wie die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Staat, das Subsidiaritäts- und Milizprinzip oder auch die Pflichtlagerhaltung werden beibehalten. Die Wirtschaft spielt sowohl bei der Vorsorge als auch bei der Bewältigung von Krisen weiterhin die zentrale Rolle. Der Bund greift, falls nötig, nur unterstützend ein.
(Info BWL 10.05.17)
- 03.05. **Mehr Geld als vorgesehen für den Regionalverkehr** – Der regionale Personenverkehr erhält in den nächsten vier Jahren mehr Bundesgelder als vorgesehen. Nach dem Ständerat hat sich am Mittwoch auch der Nationalrat für eine Aufstockung der Mittel ausgesprochen. Das Geschäft ist damit bereit für die Schlussabstimmungen. Der Bundesrat wollte zwischen 2018 und 2021 rund 3,96 Milliarden Franken für regionale Bahn- und Buslinien ausgeben. Das wären zwei Prozent mehr gewesen als in der aktuellen Periode. Die Räte beschliessen nun, den Verpflichtungskredit um weitere 144 Millionen auf 4,1 Milliarden Franken zu erhöhen.
(NZZ 04.05.17)
- 28.04. **Bundesrat optimiert Fahrausbildung: Junge sollen sicherer Auto fahren** – Wer künftig in der Schweiz erstmals allein im Auto unterwegs sein darf, soll dies mit mehr Fahrpraxis als bisher tun. Dies ist das Ziel eines Revisionspakets zur Fahrausbildung, das der Bundesrat in die Vernehmlassung geschickt hat. Nebst der qualitativen Verbesserung sind administrative Vereinfachungen geplant. Zudem soll die ganze Ausbildung für die Autofahrerinnen und Autofahrer günstiger werden.
(ASTRA-Info 28.04.17)
- 20.04. **Geschlossenes Vorgehen gegen AdBlue-Manipulationen** – Die Aufdeckung von AdBlue-Manipulationen bei Lastwagen ist ein gemeinsames Ziel der Bundesämter für Strassen (ASTRA) und Umwelt (BAFU), der Schwerverkehrs-Kontrollbehörden (Polizei und Zoll), des Schweizerischen Nutzfahrzeugverbands ASTAG und der Vereinigung Schweizer Automobil-Importeure auto-schweiz. Dies haben die Akteure bei einem gegenseitigen Informationsaustausch im Schwerverkehrszentrum in Erstfeld deutlich gemacht. Dabei soll bei Kontrollen schwerer Nutzfahrzeuge (Lastwagen und Busse) der illegale Einbau von Steuergeräten, welche Fehlermeldungen über die ausgeschaltete und daher nicht-funktionierende Abgas-Reinigung unterdrücken, einfacher und schneller erkannt werden.
Moderne Lastwagen und Busse mit Diesel-Motoren der aktuellen Euro VI-Norm ver-

fügen über eine Abgasnachbehandlung mit AdBlue-Einspritzung. Diese Flüssigkeit besteht aus einem Drittel Harnstoff und destilliertem Wasser und zersetzt rund 90 Prozent der schädlichen Stickoxide in Wasser und Stickstoff. AdBlue ist an immer mehr Tankstellen an einem speziellen Zapfhahn verfügbar und verursacht für Fuhrunternehmen sehr geringe Kosten (rund 1.50 Franken pro 100 Kilometer). Trotzdem wurde in jüngster Vergangenheit bei Lastwagen-Kontrollen festgestellt, dass manche ausländischen Logistikunternehmen die Bordsysteme ihrer Fahrzeuge manipulieren, um kein AdBlue tanken zu müssen. Das Resultat ist eine hohe Umweltbelastung bei der Fahrt durch die Schweiz durch ungereinigte Abgase.
(Info ASTRA 20.04.17; Info auto-schweiz 20.04.17)

- 13.04. Treibhausgas: Zwischenziele erst für Gebäude und Industrie erreicht** - Die Treibhausgasemissionen beliefen sich 2015 auf 48,1 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente, 0,6 Millionen Tonnen weniger als 2014. Dies geht aus dem Inventar des Bundesamtes für Umwelt hervor. Der Industrie- und der Gebäudesektor haben damit die in der CO₂-Verordnung festgehaltenen Zwischenziele erreicht. Dagegen liegen die Emissionen des Sektors Verkehr nach wie vor über dem Stand von 1990. Bis 2008 stiegen die Emissionen des Sektors auf ein Niveau an, das 13 Prozent über dem Stand von 1990 lag. Seit 2008 nehmen sie leicht ab, was den deutlich rückläufigen CO₂-Emissionen pro gefahrenen Kilometer zu verdanken ist. Dieser Trend wird aber grösstenteils durch die Zunahme der zurückgelegten Kilometer aufgewogen. Die 2015 gegenüber dem Vorjahr markant gesunkenen Emissionen erklären sich durch die Entwicklung des Tanktourismus in der Schweiz. Dieser war zum Erliegen gekommen, nachdem die Nationalbank die Aufhebung des Schweizer-Franken-Mindestkurses gegenüber dem Euro beschlossen hatte.
Das BAFU weist darauf hin, dass die seit 2014 von den Treibstoffimporteuren durchgeführten Projekte zur Kompensation der CO₂-Emissionen aus dem Verkehr vor allem zu Emissionsreduktionen in den anderen Sektoren führen, mit Ausnahme der Beimischung von Biotreibstoffen zu den fossilen Treibstoffen. Die Auswirkungen dieser Massnahme sind allerdings gering. 2015 betragen die Emissionen des Verkehrssektors 15,4 Millionen Tonnen CO₂eq, 4 Prozent über dem Wert von 1990. Der Sektor hat somit sein Zwischenziel verfehlt. Dieses sah für 2015 eine Stabilisierung der Emissionen auf dem Stand von 1990 vor.
(BAFU Info 13.04.17)

- 10.04. Städter steigen auf öV um, Bewohner ländlicher Gegenden kaufen sich mehr Autos** - Je grösser eine Stadt, desto mehr Arbeitsplätze und desto mehr Pendler kommen. Besonders stark wirkt sich dieser Sog auf Grossstädte. Dreimal mehr Pendler kommen nach Zürich, Genf oder Basel als täglich wegpendeln. In den grossen Städten mit mehr als 100'000 Bewohnern war nur noch ein Viertel der Pendler mit dem Auto unterwegs, im Schnitt benutzten 53 Prozent der Bevölkerung in den grossen Schweizer Städten die öffentlichen Verkehrsmittel auf dem Weg zu Arbeit. In der Stadt Zürich liegt gemäss Schweizerischem Städteverband und dem Bundesamt für Statistik dieser Wert mit 65 Prozent aller Pendler am höchsten. Hier pendeln nur noch 25 Prozent mit dem Auto. Danach folgen die Städte Bern und Thalwil; Basel und Lausanne teilen sich den vierten Platz mit je 52 Prozent. Gesamtschweizerisch fahren 54 Prozent der Pendlerinnen und Pendler mit dem Auto zum Arbeitsplatz, 30 Prozent benutzen den öV. Weil der öV in den Städten ausgebaut worden ist, sei es „zumindest in den Grossstädten auch zu einem Rückgang des Motorisierungsgrades“ gekommen, heisst es in der Mit-

teilung. Konkret: In den Städten besitzen immer weniger Personen ein Auto. Dagegen kauften sich in kleineren Städten mehr Menschen ein Auto. Dort stieg der Motorisierungsgrad seit 2007. Den grössten Anstieg verzeichneten die mittelgrossen Städte mit 50'000 bis 100'000 Einwohnern. In diesen Städten stieg der Motorisierungsgrad seit 2007 um 0,05 auf 0,48 Personenwagen pro Einwohner.

(BaZ 11.04.17; Statistik der Schweizer Städte 2017; Info Städteverband/BFS 10.04.17)

06.04. Weitere Senkung der NEAT-Kosten – Das Bundesamt für Verkehr (BAV) hat die Prognose für die Endkosten der Neuen Eisenbahn-Alpentransversalen (NEAT) um weitere 250 Millionen Franken gesenkt. Die voraussichtlichen Endkosten liegen mit 17,65 Milliarden Franken deutlich unter dem vom Parlament bewilligten NEAT-Gesamtkredit von 19,1 Milliarden Franken zum Preisstand von 1998. Unter Berücksichtigung von Teuerung, Mehrwertsteuer und Bauzinsen konnte die Kostenprognose von 23 auf 22,6 Milliarden Franken gesenkt werden. Dies geht aus dem Standbericht 2016 zu den Eisenbahn-Grossprojekten hervor, welchen das BAV heute publiziert hat. Auch die übrigen Eisenbahn-Grossprojekte – Lärmsanierung, Anschluss ans ausländische Hochleistungsnetz, Zukünftige Entwicklung der Bahninfrastruktur (ZEB), Ausbauschritt 2025 und 4-Meter-Korridor – sind auf Kurs.

(BAF-Info 06.04.17)

06.04. Viele Kantone vernachlässigen den Werterhalt ihrer Strassen – Knapp die Hälfte der Kantone investiert zu wenig, um den Wert ihrer Strasseninfrastrukturen langfristig und kosteneffizient zu erhalten. Aktuell sind rund 13 Prozent der Kantonsstrassen in einem ungenügenden Zustand und müssen dringend saniert werden. Damit besteht bei 2300 Kilometern des Kantonsstrassennetzes dringender Sanierungsbedarf. Das zeigt eine Erhebung von Infra Suisse. Für einen nachhaltigen und kostengünstigen Werterhalt empfehlen Fachleute je nach Belastung jährliche Investitionen von 1,8 bis 2,6 Prozent des Wiederbeschaffungswertes. Der Wiederbeschaffungswert der rund 17'000 Kilometer Kantonsstrassen beträgt knapp 60 Milliarden Franken. Insgesamt werden in der Schweiz jedoch nur rund 1 Milliarde Franken pro Jahr in den baulichen Unterhalt sowie in Verbesserungen und den Ausbau von Kantonsstrassen investiert. (Info Infra Suisse 06.04.17)

05.04. Anpassung der Gewichte und Abmessungen gewisser schwerer Strassenfahrzeuge – Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 5. April 2017 die Maximalgewichte für zweiachsige Busse sowie für bestimmte schwere Motorwagen mit alternativen Antriebssystemen angepasst. Lastwagen zum Transport von Containern des kombinierten Verkehrs dürfen künftig zudem etwas länger sein als bisher. Für zweiachsige Busse wird das zulässige Höchstgewicht von 18 auf 19,5 Tonnen angehoben. Wegen des in den letzten 20 Jahren gestiegenen Gewichts der technischen Fahrzeugausrüstung sowie der Fahrgäste und ihres Gepäcks könnten sonst in einem Bus oder Reiseкар nicht mehr so viele Personen befördert werden wie früher. Der Bundesrat hat zudem die Maximalgewichte für Lastwagen und Sattelschlepper mit zwei oder drei Achsen sowie dreiachsige Busse und Gelenkbusse angepasst. Sie dürfen künftig das Gewicht alternativer Antriebssysteme kompensieren. Das zulässige Höchstgewicht wird um das zusätzliche, für die alternative Antriebstechnik erforderliche Gewicht, maximal jedoch um eine Tonne, angehoben. Alternative Antriebssysteme wie Hybrid-, Gas- oder Elektroantriebe verringern den Ausstoss von Abgasen und erzeugen weniger Lärm. Für Sattelfahrzeuge, welche die heute auf Schiff und Bahn als Standardgrösse ver-

wendeten Container von 45 Fuss Länge (16.50 m) im kombinierten Verkehr übernehmen und weitertransportieren, wird die zulässige Höchstlänge um 15 cm erweitert. Damit wird der Strassentransport solcher Container zu den Verladeterminals ermöglicht.

(Info ASTRA 05.04.17)

- 03.04. **Transjurane ist fertiggestellt** – Mit der Einweihung des letzten Teilstücks der Transjurane zwischen Loveresse (BE) und Court (BE) wird die Autobahn A16 ab heute durchgängig befahrbar. Für die 85 Kilometer von Biel bis zur Landesgrenze in Boncourt (JU) brauchen Automobilisten künftig nur noch 55 Minuten. Das neue Autobahnteilstück kostete 6,6 Milliarden Franken und wurde in einer Bauzeit von fast dreissig Jahren vollendet. Es führt als Nationalstrasse zweiter Klasse teilweise dreispurig über zahlreiche Viadukte und durch lange Tunnels, die häufig nur aus einer Röhre mit Gegenverkehr bestehen. Auf dem Netzplan der Schweizer Autobahnen aus den 1960er-Jahren war der Ast in den peripheren Jura noch nicht vorgesehen. Erst die Gründung des Kantons Jura 1979 gab dem Projekt Schub, sodass das Parlament am 1. Oktober 1984 die A16 ins Nationalstrassennetz aufnahm.
- (Basler Zeitung 01.04.17; Berner Zeitung 03.04.17)

- 23.03. **Autonomer Shuttlebus ergänzt Freiburger öV** – Erst Sitten und Zug, nun zieht Freiburg nach: die Freiburgischen Verkehrsbetriebe (TPF) haben ihren ersten autonomen Shuttlebus vorgestellt. Künftig wird dieser eingesetzt, um in der Agglomerations-Gemeinde Marly das Quartier des Unternehmensparks Marly Innovation Center in das bestehende Verkehrsnetz einzubinden. Laut den TPF richtet sich der selbstfahrende Shuttle nach der Nachfrage der Reisenden. Die maximale Fahrtgeschwindigkeit beträgt 25 km/h. Im Fahrzeug finden elf Personen Platz, eine Begleitperson ist stets mit an Bord. Ganz in den Normalverkehr lässt sich der autonome Shuttlebus noch nicht einfügen – so weit ist die Technologie noch nicht fortgeschritten. Die benützten Trassen sind für den Individualverkehr gesperrt.
- Bereits 2015 lancierte die ETH Lausanne ein Projekt mit autonomen Shuttlebussen, die von Besuchern benutzt werden konnten und ausgewählte Haltestellen auf dem Universitätscampus bedienten. Die PostAuto Schweiz AG realisierte letztes Jahr in Sitten einen Fahrdienst mit selbstfahrenden Postautos, die seither Passagiere durch die Altstadt chauffieren. In Zug sind ab kommenden Sommer zwei Shuttlebusse unterwegs, die zwischen dem Bahnhof Zug und dem Technologiecluster pendeln werden. Im Gegensatz zu den Projekten in Lausanne, Sitten und Zug binden die TPF ihr Fahrzeug jedoch in den regelmässigen Fahrplan ein – ein schweizweite Premiere.
- (Computerworld 23.03.17)

- 23.03. **Weniger als eine Million Lastwagenfahrten durch die Schweizer Alpen** – Erstmals seit über zwanzig Jahren sank letztes Jahr die Zahl der Lastwagenfahrten durch die Schweizer Alpen unter eine Million: 2016 ging deren Anzahl im Vergleich zum Vorjahr um 3,4 Prozent auf 975'000 zurück. Parallel dazu stieg der Marktanteil der Eisenbahn im alpenquerenden Güterverkehr auf 71 Prozent an und erreichte damit den höchsten Wert seit 2001, als mit der leistungsabhängigen Schwerkverkehrsabgabe (LSVA) und der schrittweisen Erhöhung der Gewichts-Limite auf 40 Tonnen neue Rahmenbedingungen geschaffen wurden.
- (BAV-Info 23.03.17)

- 22.03. **Verkehrsprojekte: Geld für mehr Gemeinden** – Der neue Strassenfonds NAF finanziert nicht nur Autobahnen, sondern auch Agglomerationsprogramme. Dafür stehen jährlich knapp 400 Millionen Franken zur Verfügung. Das ist zwar mehr als bisher, doch sollen auch rund 200 zusätzliche Gemeinden Anspruch auf Beiträge haben. Das schlägt der Bundesrat mit einer Verordnungsänderung vor. Eine weitere Verordnungsänderung legt den Beitrag der einzelnen Kantone für die Übernahme von 400 Kilometer Strassen durch den Bund fest.
(BaZ 23.03.17)
- 17.03. **Stabilisierungsprogramm verabschiedet** – Mit 139 zu 55 Stimmen und 36 zu 8 Stimmen verabschieden die Eidg. Räte das Gesetz über das Stabilisierungsprogramm, das Sparmassnahmen in der Höhe von 755 Millionen Franken im Jahr 2018 und von weiteren 820 Millionen Franken im Jahr 2019 vorsieht.
(NZZ 18.03.17)
- 16.03. **Alpen- und grenzquerender Personenverkehr 2015** - 2015 überquerten im Tagesdurchschnitt 2,2 Millionen Personen die Schweizer Grenzen auf der Strasse oder auf der Schiene. Die Schweizer Alpenübergänge wurden von 110'000 Personen pro Tag passiert. Sowohl die Grenzquerungen als auch die Alpenquerungen erfolgten hauptsächlich zu Freizeitwecken. Dies geht aus einer umfangreichen Erhebung hervor, die das Bundesamt für Statistik (BFS) 2015 an den Grenzposten und den Alpenübergängen der Schweiz durchgeführt hat.
(BFS-Info 16.03.17)
- 16.03. **Tipps für flüssigen und sicheren Verkehr** - Auf den schweizerischen Autobahnen besteht ein Netz von Anzeigen, mit denen Informationen an die Verkehrsteilnehmenden weitergegeben werden können. Diese sogenannten Wechseltextanzeigen dienen in erster Linie der Information über grossräumige Umleitungen und Gefahrenwarungen. Sie sollen in Zukunft vermehrt genutzt werden, um präventive Hinweise zum Fahrverhalten und damit auch zur Verbesserung des Verkehrsflusses anzuzeigen. „Rechts fahren, links überholen“, „Abstand = Sicherheit“, „Bei Stau Rettungsgasse bilden“, „Keine Ablenkung, weniger Unfälle“ solche und ähnliche Texte werden künftig an den Wechseltextanzeigen der schweizerischen Autobahnen vermehrt eingeblendet. Sie sollen die Verkehrsteilnehmenden sensibilisieren, ihr Fahrverhalten der Situation anzupassen, damit sich Unfallgeschehen und Stauzeiten reduzieren.
(ASTRA-Info 16.03.17)
- 14.03. **Strassenverkehr fordert 2016 weniger Todesopfer und Schwerverletzte** – Auf Schweizer Strassen starben im vergangenen Jahr 216 Menschen, 37 weniger als 2015. Die Anzahl der Schwerverletzten ging um 1 Prozent auf 3785 zurück. Rückläufig waren Unfälle bei Motorradfahrenden sowie Fussgängerinnen und Fussgängern. Bei E-Bike- und Fahrradfahrenden sind die Zahlen weiterhin auf hohem Niveau. Dies geht aus dem Unfallregister des Bundesamtes für Strassen (ASTRA) hervor.
(ASTRA-Info 14.03.17)
- 09.03. **1,8 Milliarden Franken für Bau, Ausbau und Unterhalt der Nationalstrassen** – Der Bund investiert 2017 rund 1,8 Milliarden Franken in das Nationalstrassennetz. 400 Millionen davon fliessen in den Bau von neuen Abschnitten, 1,2 Milliarden werden für den Ausbau und Unterhalt des bestehenden Netzes eingesetzt. 195 Millionen Franken

fliessen in Projekte zur Beseitigung von Engpässen. In der Wintersession 2016 hat das Eidgenössische Parlament die notwendigen Kredite beschlossen. Das UVEK hat nun die entsprechenden Bauprogramme für 2017 bewilligt.

(ASTRA-Info 09.03.17)

08.03. Mehr Geld für den Regionalverkehr – Der Ständerat will in den nächsten vier Jahren für den regionalen Personenverkehr mehr Geld einsetzen als der Bundesrat. Er hat beschlossen, den Verpflichtungskredit um rund 144 Millionen Franken auf über 4,1 Milliarden Franken zu erhöhen. Der Rat stimmte dem Antrag seiner Verkehrskommission zu. Damit entschied er im Sinne der Kantone und Bahnunternehmen – und gegen Verkehrsministerin Doris Leuthard. Die Befürworter argumentierten, der öffentliche Verkehr sei von grosser Bedeutung. Die Nachfrage steige, das Angebot müsse ausgebaut werden.

(BaZ 09.03.17)

08.03. Nationalrat lehnt Verfassungsartikel für Lenkungsabgaben einstimmig ab – Der Bundesrat will die Förderung von erneuerbaren Energien durch ein Lenkungssystem ablösen, scheitert damit aber im Parlament. Nun müssen sich die Befürworter der Energiewende auf Alternativen einigen. Der Übergang vom Förder- zum Lenkungssystem ist Gegenstand des zweiten Massnahmenpakets der Energiestrategie 2050. Bei zahlreichen Parlamentariern dürften taktische Gründe mit Blick auf die Abstimmung vom 21. Mai über das erste Pakete der Energiestrategie eine Rolle gespielt haben; sie wollten damit den Gegnern ihr wichtigstes Argument – die Kosten – aus der Hand schlagen.

(NZZ 09.03.17)

08.03. Synthetische Treibstoffe sollen gefördert werden – Das Parlament will gute Rahmenbedingungen für CO₂-neutrale synthetische Treibstoffe schaffen. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat eine entsprechende Motion angenommen. Sie verlangt, dass Importeuren und Herstellern von Fahrzeugen, die mit solchen Treibstoffen fahren, reduzierte CO₂-Emissionswerte angerechnet werden.

(BaZ 09.03.17)

09.03. Schneider-Ammann eröffnet den 87. Autosalon – Mit der Eröffnung des 87. Internationalen Automobil Salons im Beisein von Bundesrat Johann Schneider-Ammann startet der europäische Autofrühling. Auf das Publikum warten in den elf Tagen bis 19. März 150 Europa- und Weltneuheiten von 180 Ausstellern. Auch wenn der Trend zu SUVs, schnelleren und leistungsstärkeren Fahrzeugen anhält, präsentieren die Anbieter umweltfreundlichere und sparsamere Autos. Auch die neuesten Entwicklungen im Bereich des autonomen Fahrens sind zu bestaunen.

(BaZ 08.03.15)

02.03. Hitzige Debatte um Pariser Klimaabkommen – Die Schweiz soll sich am Kampf gegen den Klimawandel beteiligen. Der Nationalrat heisst das Emissionsreduktionsziel beim CO₂ um 50 Prozent bis 2030 gut und genehmigt das Pariser Klimaabkommen. Die Debatte drehte sich um die Folgen des Klimawandels. Zur Sprache kamen schmelzende Gletscher, Überschwemmungen, Klimaflüchtlinge, rülpfende Kühe und „alternative Fakten“. Am Ende sprach sich der Rat mit 123 zu 62 Stimmen bei acht Enthaltungen dafür aus, das Abkommen zu ratifizieren. Ziel des Abkommens ist es,

den durchschnittlichen weltweiten Temperaturanstieg gegenüber der vorindustriellen Zeit auf deutlich unter zwei Grad Celsius zu begrenzen. Das Abkommen verpflichtet die Staaten, alle fünf Jahre ein Emissionsreduktionsziel festzulegen, das über das letzte hinausgeht.

(BaZ 03.03.2017; NZZ 03.03.2017)

28.02. **Weniger Ausweisentzüge 2016** – Letztes Jahr mussten insgesamt 78'043 Ausweise entzogen werden. Das sind 2'133 weniger als 2015. Die Hauptgründe für einen Ausweisentzug waren wie in den Jahren zuvor überhöhte Geschwindigkeit und Fahren im angetrunkenen Zustand. Dies zeigen die neuen Zahlen aus dem Administrativmassnahmenregister (ADMAS) des Bundesamtes für Strassen (ASTRA).

(ASTRA-Info 28.02.17)

23.02. **Bundesrechnung 2016: Überschuss dank den Auswirkungen der Negativzinsen** - Der Bundesrat hat das Ergebnis der Rechnung 2016 zur Kenntnis genommen und den finanzpolitischen Rahmen für den nächsten Budgetprozess festgelegt. Im Jahr 2016 schliesst der Bundeshaushalt mit einem ordentlichen Überschuss von rund 0,8 Milliarden Franken ab. Ohne die Auswirkungen der Negativzinsen hätte ein Defizit resultiert. Die Bruttoschulden gingen von 103,8 Milliarden auf 98,8 Milliarden zurück. Die aktualisierten Zahlen für die Jahre 2018–2020 zeigen nach wie vor hohe strukturelle Defizite. Der Bundesrat hat Massnahmen eingeleitet, damit im Voranschlag 2018 die Schuldenbremse eingehalten werden kann.

(EFD-Info 23.02.17)

22.02. **Für Verwendung digitaler Brillen im Strassenverkehr reichen geltende Regeln aus** - Der Bundesrat hat einen Bericht verabschiedet, der in Erfüllung des Postulats „Digitale Brillen. Gefahren im Strassenverkehr“ verfasst wurde. Die Abklärungen haben gezeigt, dass die geltenden Bestimmungen ausreichen, um das Tragen von sogenannten digitalen Brillen im Strassenverkehr zu regeln. Sowohl im Strassenverkehrsrecht als auch im Haftpflicht- und Versicherungsrecht drängt sich zurzeit keine Neuregelung auf. Das ASTRA wird jedoch die Weiterentwicklung in diesem Bereich aufmerksam beobachten. Mit digitalen Brillen, die auch als Smart Glasses oder Datenbrillen bezeichnet werden, können jederzeit Informationen auf einem kleinen Display (Bildschirm) ins Gesichtsfeld eingeblendet werden.

(ASTRA-Info 22.02.17)

19.02. **SWISS-MOTO 2017: Feuerwerk für Töff-Fans** – Von Donnerstag, 16. bis Sonntag, 19. Februar 2017 eröffnete die SWISS-MOTO mit einer Fülle an Neuheiten und aufwändig inszenierten Shows die neue Töff-Saison. 70'582 Töff-Fans strömten nach Zürich zur 14. Ausgabe des grössten Schweizer Treffpunkts der motorisierten Zweiradbranche. Im Trend lagen dieses Jahr Retro-Bikes, kostengünstige Allrounder, futuristische Designs und noch mehr Elektronik. Bei der Töff-Bekleidung rücken Klassik-Design, individuelles Outfit und vor allem Lifestyle immer mehr ins Zentrum des Interesses.

(Info Swiss-Moto 19.02.17)

12.02. **Deutliches Votum für mehr Strassengeld** - Das neue, dauerhafte Finanzierungsmodell für die wichtigsten Strassen und den Agglomerationsverkehr findet deutliche Mehrheiten in allen Kantonen. Mit einem Ja-Stimmen-Anteil von 61,9 Prozent ist die Zustimmung zum NAF praktisch gleich hoch wie jene zum Bahninfrastrukturfonds

vor zweieinhalb Jahren, zu dem auch alle Kantone und 62,0 Prozent der Stimmenden Ja gesagt haben. (Der Bundesbeschluss ist vom Volk mit 1 503 746 Ja gegen 923 783 Nein und von allen Ständen angenommen worden; BBl 2017 S. 3387)

Die Fronten im Abstimmungskampf zur NAF-Vorlage waren klar: Eine breite Mitte-Rechts-Allianz, angeführt von einem Abstimmungskomitee unter Führung von **strasseschweiz**, warb geschlossen mit dem Argument für die Vorlage, es handle sich bei ihr um eine ausgewogene Lösung. SP und Grüne hielten dem ablehnend entgegen, der Anteil an zusätzlichen Steuermitteln zugunsten der Nationalstrassen sei zu hoch, schliesslich hätten Volk und Stände erst im letzten Jahr der „Milchkuh-Initiative“ eine Abfuhr erteilt. Beide gegnerischen Parteien sahen sich in der Westschweiz allerdings mit dissidenten Parteisektionen und landesweit mit Regierungsvertretern aus links-grünen Kreisen konfrontiert.

Mit dem Ja von Volk und Kantonen zur NAF-Vorlage ist das Signal zur Beseitigung der Engpässe, zur kontinuierlichen Verbesserung der Strasseninfrastrukturen und zur Weiterführung der Programme für den Agglomerationsverkehr auf Grün gestellt worden. **strasseschweiz**, der Dachverband des privaten Strassenverkehrs und der Automobilwirtschaft, zeigte sich am Abstimmungssonntag erfreut über diesen Volksentscheid. Zusammen mit dem Entscheid zum Bahninfrastrukturfonds sichert dieses Abstimmungsergebnis die Finanzierung der schweizerischen Verkehrsinfrastrukturen, womit das schweizerische Verkehrsnetz insgesamt gestärkt werden kann.

(NZZ 13.02.17; Info strasseschweiz 12.02.17)

07.02. Der Ceneri-Basistunnel nimmt Gestalt an – Der Traum von einer Flachbahn durch die Alpen ist wieder ein Stück näher gerückt. Vor gut einem Jahr war der Hauptdurchstich im Ceneri-Basistunnel erfolgt – nun wurde der letzte Gewölbeblock in der Oströhre betoniert und der Innenausbau damit praktisch abgeschlossen. Im kommenden Sommer wird der Einbau der Gleise und der Bahntechnik in Angriff genommen. Der 15,4 Kilometer lange Ceneri-Basistunnel wird bei seiner Fertigstellung im Jahr 2020 die letzte Lücke auf der neuen Nord-Süd-Alpentransversale schliessen. Erst dann kann von einer Flachbahn durch die Alpen gesprochen werden.

(NZZ 08.02.17)

02.02. Der Fahrzeugbestand nahm 2016 weiter zu – Knapp 415'000 motorisierte Strassenfahrzeuge wurden 2016 in der Schweiz neu in Verkehr gesetzt. Das sind fast 3 Prozent weniger als im Vorjahr. Dennoch nahm der Motorfahrzeugbestand gegenüber 2015 um 94'900 Einheiten zu (+1,6%) und erreichte damit beinahe die Schwelle von sechs Millionen. Nahezu drei Viertel des Bestands sind Personenwagen. Dies geht aus der vom Bundesamt für Statistik (BFS) publizierten Strassenfahrzeugstatistik hervor.

(Info bfs 02.02.17)

01.02 Vorläufiges Aus für Wasserstoff-Busse – In der Region Brugg AG hat Postauto fünf mit Wasserstoff betriebene Busse getestet. Weil die Betriebskosten zu hoch waren, wird der Probetrieb mit den Brennstoffzellen-Bussen nun nach fünf Jahren beendet. Laut dem Unternehmen hat der Versuchsbetrieb gezeigt, dass es im öffentlichen Verkehr auf der Strasse Alternativen zu den Dieselnussen gebe. Die Wirtschaftlichkeit dieser Busse sei heute noch nicht auf dem gewünschten Niveau. Die Beschaffungspreise seien noch immer deutlich höher als bei einem Diesel- oder einem Dieselhybridbus.

(Berner Zeitung 02.02.17)

01.02. **Autos müssen erst nach fünf Jahren geprüft werden** – Ab sofort müssen Auto- und Motorradfahrer ihr Fahrzeug erst fünf Jahre nach der Inverkehrsetzung erstmals prüfen lassen. Die neue Regelung tritt am 1. Februar 2017 in Kraft. Mit ihr muss die Prüfung spätestens bis zum sechsten Jahr durchgeführt sein. Die zweite Prüfung von Autos und Motorrädern muss nach weiteren drei Jahren erfolgen, dann sind die Prüfungen alle zwei Jahre vorgeschrieben. Für Kleinbusse, Lieferwagen und Sattelschlepper mit einem Gesamtgewicht bis zu 3,5 Tonnen steht die erste Prüfung nach vier Jahren und die zweite nach drei Jahren an. Dann sind ebenfalls Prüfungen alle zwei Jahre vorgeschrieben. Gewerbliche Traktoren und Arbeitsmaschinen müssen erstmals nach fünf Jahren geprüft werden, anschliessend alle drei Jahre. Leichte Transportanhänger mit einem Gesamtgewicht bis 750 Kilogramm hingegen werden von der Nachprüfungspflicht ganz befreit. Die Änderungen gehen auf einen Beschluss des Bundesrats vom 21. Januar 2015 zurück.
(BaZ 27.01.17)

31.01. **Das Referendum gegen das Energiegesetz ist zustande gekommen** – Das Referendum gegen das Energiegesetz (EnG) vom 30. September 2016 ist mit 68'390 gültigen Unterschriften zustande gekommen. Die Vorlage soll am 21. Mai 2017 zur Abstimmung kommen.
Das Energiegesetz bildet die erste Etappe in der Energiestrategie 2050. Es verbietet den Bau neuer Atomkraftwerke. Ein Teil des Atomstroms soll durch Strom aus erneuerbaren Energien (Photovoltaik und Windenergie) ersetzt werden. Dafür würde in Zukunft mehr Geld zur Verfügung stehen. Zur Hauptsache aber soll der Energieverbrauch durch Effizienzsteigerung und Verzichtsmassnahmen um mehr als 40 Prozent gesenkt werden. Das neue Gesetz enthält deswegen finanzielle Anreize und technische Vorschriften.
Die zweite Etappe in der Energiestrategie 2050 stellt der Übergang von einem Förder- zu einem Lenkungssystem dar. Die Energiekommission des Nationalrats will vorerst nichts wissen von Lenkungsabgaben auf Strom und Brennstoffen. Sie hat das Klima- und Energielenkungssystem abgelehnt und beantragt dem Nationalrat einstimmig, nicht auf die entsprechende Vorlage des Bundesrats zur Ergänzung der Bundesverfassung einzutreten. Das Vorhaben hatte von Beginn weg einen schweren Stand und war bereits in der Vernehmlassung auf Kritik gestossen.
(BaZ 01.02.17; Info UREK-N 31.01.17)

30.01. **Das Tessin kämpft mit Tempo 80 gegen Smog** – Wegen des trockenen Wetters der vergangenen Wochen hat sich im Tessin die Luftqualität derart verschlechtert, dass die Behörden auf der A2 zwischen Chiasso und Rivera Tempo 80 verordnet haben. Dasselbe gilt für die Autostrasse zwischen Mendrisio und Gaggiola, wie das Departement für Raumordnung mitteilte. Zudem wird die Bevölkerung dazu aufgerufen, auf den öffentlichen Verkehr umzusteigen, zu Fuss zu gehen oder mit dem Velo zu fahren.
Nach drei Tagen konnten die Massnahmen wieder aufgehoben werden. Die Verbesserung der Luft war auf den Regen zurückzuführen.
(NZZ 31.01.17; NZZ 03.02.17)

25. 01. **Bundesrat beschliesst weiteres Vorgehen beim Gegenentwurf zur «Velo-Initiative»**
- Der Bundesrat hat vom Vernehmlassungsergebnis zum direkten Gegenentwurf zur

Volksinitiative «Zur Förderung der Velo-, Fuss- und Wanderwege (Velo-Initiative)» Kenntnis genommen. Die Rückmeldungen bestätigen die Stossrichtung des Vernehmlassungsentwurfs, zeigen aber auch, dass dieser vereinfacht werden und sich enger an der heutigen Verfassungsbestimmung über die Fuss- und Wanderwege ausrichten soll. Der Bundesrat hat das UVEK mit der Ausarbeitung einer entsprechenden Botschaft bis zum 1. September 2017 beauftragt.

Die im März 2016 eingereichte «Velo-Initiative» möchte den bestehenden Verfassungsartikel über die Fuss- und Wanderwege (Art. 88 BV) mit Bestimmungen über Velowege ergänzen. Der Bundesrat erachtet ein stärkeres Engagement des Bundes im Bereich Velowege und Veloverkehr als sinnvoll und zweckmässig, da der Veloverkehr mithelfen kann, Verkehrsspitzen zu brechen, und dazu beiträgt, die CO₂-Emissionen und den Energieverbrauch zu senken sowie die Gesundheit zu fördern. Die Initiative geht ihm aber in einzelnen Punkten zu weit. Er gab deshalb im August 2016 einen direkten Gegenentwurf in die Vernehmlassung. Diese zeigte, dass die Kantone und die Dachverbände der Gemeinden und Städte praktisch geschlossen hinter der Vorlage stehen. Dies sei hoch zu gewichten, da diese von der Verfassungsergänzung am meisten betroffen wären. Die Mehrheit der Organisationen unterstützt die Vorlage ebenfalls. Bei den politischen Parteien und den Dachverbänden der Wirtschaft halten sich Zustimmung und Ablehnung in etwa die Waage.

(UVEK Info 25.01.17)

11.01. Nutzfahrzeugimmatrikulationen 2016: Wachstum bei Wohnwagen – Mehr Wohn- und Lastwagen, etwas weniger Lieferwagen: So lässt sich das Jahr 2016 des Nutzfahrzeug-Markts der Schweiz und des Fürstentums Liechtenstein zusammenfassen. Während bei den Personentransport- (+11,9 Prozent) und schweren Nutzfahrzeugen (+5,1 Prozent) teils deutlich mehr Immatrikulationen registriert wurden als im Vorjahr, resultiert bei den Lieferwagen ein leichter Rückgang um 3,2 Prozent. Letzterer war von den auto-schweiz-Mitgliedern erwartet worden. Für das neue Jahr kann von einem stabilen Marktumfeld ausgegangen werden.

(Info auto-schweiz 11.01.17)

04.01. Hervorragender Schweizer Auto-Jahrgang 2016 – Der Auto-Markt der Schweiz und des Fürstentums Liechtenstein hat das Jahr 2016 deutlich besser abgeschlossen als erwartet. Mit 317'318 neuen Personenwagen liegt das Resultat klar über den von auto-schweiz erwarteten 305'000 Einheiten. Im Vergleich zum Vorjahr schliesst 2016 mit einem leichten Rückgang von 6'465 Neuimmatrikulationen oder 2,0 Prozent ab. Allrad und Diesel erreichten neue Rekord-Marktanteile, auch die Alternativ-Antriebe konnten zulegen.

(Info auto-schweiz 04.01.17)

strasseschweiz/Kr; 28.12.2017

Stichwortverzeichnis 2017**28.12.2017**

Verkehr	(Datum)
Agglomerationsverkehr; Mehrverkehr von Velo und öV aufgefangen	02.11.
Automobilsalon; Bundesrat Schneider-Ammann eröffnet den 87. Autosalon	09.03.
Automobiltechnik; Autonomer Shuttlebus ergänzt Freiburger öV	23.03.
Automobiltechnik; Erste autonome Busse nehmen in Marly ihren Betrieb auf	22.09.
Automobilwirtschaft; Hervorragender Schweizer Auto-Jahrgang 2016	04.01.
Automobilwirtschaft; Nutzfahrzeugimmatrikulationen 2016: Wachstum bei Wohnwagen	11.01.
Busverkehr; Bundesrat will Busverkehr weiterentwickeln und Öffnung des internationalen Bahnverkehrs prüfen	19.10.
Busverkehr; Fernbusse sollen ab März 2018 fahren können; BAV vertagt Entscheid	28.11.
Fahrradverkehr; Bundesrat beschliesst weiteres Vorgehen beim Gegenentwurf zur «Velo-Initiative»	25.01.
Fahrradverkehr; Basel-Stadt will keinen Veloring	21.05.
Fahrzeug-Import: Rekordbusse für BMW in der Schweiz; Bundesgericht entscheidet über Busse der Weko	11.11.
Gotthard-Strassentunnel; Bundesrat genehmigt Generelles Projekt für Bau der zweiten Strassenröhre am Gotthard	25.10.
Güterverkehr;. Weniger als eine Million Lastwagenfahrten durch die Schweizer Alpen	23.03.
Güterverkehr; Transport gefährlicher Güter auf Strasse und Schiene: Risiken werden streng kontrolliert; Bericht des Bundesrats	28.06.
Güterverkehr; Transport-Chaos wegen Streckenunterbruch des Bahnkorridors in Süddeutschland	17.08.
Güterverkehr; Bund federt Unterbruch der Rheintalbahn mit verschiedenen Massnahmen ab	14.09.
Güterverkehr; Der Güterverkehr auf der Rheintalstrecke rollt wieder	02.10.
Güterverkehr; Bundesrat legt Bericht über die Weiterentwicklungsmöglichkeiten von SBB Cargo vor	01.11.
Güterverkehr; Güterverkehr 2016 - Schiene gewinnt weiterhin Marktanteile zurück	21.11.
Güterverkehr; Fortschritte bei der Verlagerung des Güterverkehrs durch die Alpen; Verlagerungsbericht 2017	30.11.
Güterverkehr; Tessiner Zoll soll Basler Verfahren „Transito“ übernehmen	12.12.
Güterverkehr; Bundesrat heisst Konzept für den Gütertransport auf der Schiene gut	20.12.
Kombinierter Verkehr; Rückschläge beim Schienengüterverkehr sind absehbar; Staatsgrenzen bremsen den grenzüberschreitenden Kombi-Verkehr	01.06.

Motorrennsport; Zürich gibt grünes Licht für Formel-E-Rennen in der Innenstadt	05.10.
Nationalstrassen; Transjurane ist fertiggestellt	03.04.
Nationalstrassen; Bund will Synergien zwischen Verkehrs- und Strominfrastrukturen besser nutzen	21.06.
Nationalstrassen; Nationalstrassennetz in gutem Zustand	28.08.
Nationalstrassen; Bieler Ostumfahrung der A5 eröffnet	27.10.
Nationalstrassenbau; Durchstich bei dritter Belchenröhre ist erfolgt	21.06.
Nationalstrassenbau; A1-Halbanschluss und Überdeckung Weiningen: Bundesrat genehmigt Generelles Projekt	22.09.
Nationalstrassenbau; Ausbau Anschluss Lancy-Süd: Generelles Projekt genehmigt	22.09.
Nationalstrassenbau; Flughafen Genf – Le Vengeron: Generelles Projekt für dritten Fahrstreifen genehmigt	22.09.
Nationalstrassenbau; A4 Engpassbeseitigung Schaffhausen: Bundesrat genehmigt Generelles Projekt	08.12.
NEAT; Der Ceneri-Basistunnel nimmt Gestalt an; Einbau der Gleise und der Bahntechnik ab Sommer	07.02.
NEAT; Der Ausbruch des Ceneri-Basistunnels ist abgeschlossen	28.07.
Öffentlicher Verkehr; Keine Preiserhöhungen im öV	13.07.
Öffentlicher Verkehr; Vernehmlassung zum Ausbauschnitt der Bahninfrastruktur 2030/35	29.09.
Stau; Tipps für flüssigen und sicheren Verkehr; Vermehrter Einsatz der Wechseltextanzeigen zur Sensibilisierung der Fahrzeuglenker	16.03.
Stau; Mehr Staus wegen Verkehrsüberlastung und Unfällen auf den Nationalstrassen; Zahlen 2016	22.06.
Strassenbau; Umfahrungsstrasse um Aarwangen genehmigt; Berner Stimmvolk stimmt Projektierungskredit zur besseren Erschliessung des Emmentals zu	21.05.
Strassenbau; Klares Ja in Zürich zu mehr Rückhalt für den Strassenverkehr;	24.09.
strasseschweiz ; Die Welt der Mobilität im Wandel; 72. Mitgliederversammlung von strasseschweiz – Verband des Strassenverkehrs FRS	21.06.
Strassenunterhalt; Viele Kantone vernachlässigen den Werterhalt ihrer Strassen	06.04.
SVG; Autos müssen erst nach fünf Jahren geprüft werden	01.02.
SVG; Für Verwendung digitaler Brillen im Strassenverkehr reichen geltende Regeln aus	22.02.
SVG; Weniger Ausweiszüge 2016; ADMAS-Statistik	28.02.
SVG; Anpassung der Gewichte und Abmessungen gewisser schwerer Strassenfahrzeuge	05.04.
SVG; Bundesrat optimiert Fahrausbildung: Junge sollen sicherer Auto fahren	28.04.
SVG; Bundesrat will flankierende Massnahmen zur verkehrsmedizinischen Untersuchung ab 75	17.05.

SVG; Senioren erst mit 75 Jahren zur Arztkontrolle; Nationalrat für Gesetzesrevision	13.06.
SVG; Alkohol auf der Autobahn soll erlaubt werden; Nationalrat überweist Motion zur Gesetzesrevision	13.06.
SVG; Senioren am Steuer müssen neu erst mit 75 Jahren zum Arzt; Beschluss des Ständerats	13.09.
SVG; Der Alkoholausschank in Raststätten soll erlaubt werden; Beschluss des Ständerats	13.09.
SVG; Schlussabstimmung im Parlament zur Kontrolluntersuchung von Senioren	29.09.
SVG; Nationalrat will weniger Tempo-30-Zonen	17.10.
SVG; Bundesgericht präzisiert Rechtsprechung zu Raserdelikten; Richter müssen ausserordentliche Umstände beachten	28.11.
SVG; Neue Regeln für selbstfahrende Autos; Parlament überweist zwei Motionen	11.12.
SVG; Tempoerhöhung für Caravans auf Autobahnen verlangt; Motion überwiesen	11.12.
Swiss-Moto; SWISS-MOTO 2017: Feuerwerk für Töff-Fans -	19.02.
Uber-Fahrdienst; Uber macht seine Chauffeure zu Profis; Das Unternehmen stellt den Dienst mit Gelegenheitsfahrern in Zürich ein	10.08.
Velo-Initiative; Bundesrat legt zur «Velo-Initiative» direkten Gegenentwurf vor	23.08.
Velo-Initiative; Velo-Initiative geht dem Ständerat zu weit	30.11.
Verkehrsentwicklung; Der Fahrzeugbestand nahm 2016 weiter zu	02.02.
Verkehrsentwicklung; Alpen- und grenzquerender Personenverkehr 2015	16.03.
Verkehrsentwicklung; Städter steigen auf öV um, Bewohner ländlicher Gegenden kaufen sich mehr Autos	10.04.
Verkehrsentwicklung; Mikrozensus Mobilität und Verkehr 2015; Bevölkerung verbringt täglich eineinhalb Stunden im Verkehr	16.05.
Verkehrssicherheit; Strassenverkehr fordert 2016 weniger Todesopfer und Schwerverletzte	14.03.
Verkehrssicherheit; Bundesrat empfiehlt Anpassungen beim Verkehrssicherheitspaket Via sicura	28.06.
Verkehrssicherheit; So wenig Verkehrstote wie Jahrzehnte nicht mehr; Schweizer Strassen und öV werden gemäss BfS immer sicherer	10.08.
Verkehrstelematik; Bundesrat will mit Öffnung von Daten- und Vertriebssystemen Mobilität weiter vereinfachen	08.12.
Via Sicura; Volksinitiative gegen Auswüchse von Via Sicura ist gescheitert	07.11.
Via Sicura; Mehr Spielraum für Richter; Ständerat will Via-sicura-Gesetzgebung lockern	11.12.

Energie	(Datum)
Elektro-Fahrzeuge; Bundesrat fördert Schnellladestationen entlang der Nationalstrassen	28.06.
Energietikette; Strengere Effizienzkriterien für Neuwagen ab 1. Januar 2018	06.07.
Energiestrategie 2050; Das Referendum gegen das Energiegesetz ist zustande gekommen	31.01.
Energiestrategie 2050; Nationalrat lehnt Verfassungsartikel für Lenkungsabgaben einstimmig ab (KELS-Vorlage)	08.03.
Energiestrategie 2050; Das Volk will die Energiewende; Nach dem deutlichen Ja zum Energiegesetz bleibt ein Berg ungelöster Fragen	21.05.
Energiestrategie 2050; Erwarteter Übungsabbruch beim Verfassungsartikel zu Energie-Lenkungsabgaben; Ständerat tritt nicht auf die KELS-Vorlage ein	12.06.
Energiestrategie 2050; Bundesrat setzt totalrevidiertes Energiegesetz per 2018 in Kraft	01.11.
Reserven; Bundesrat setzt das revidierte Landesversorgungsgesetz in Kraft	10.05.
Treibstoffe; Vorläufiges Aus für Wasserstoff-Busse, Postauto stellt den Versuchsbetrieb im Kanton Aargau ein	01.02.
Treibstoffe; Synthetische Treibstoffe sollen gefördert werden; Motion im Parlament überwiesen	08.03.
Verbrauch; Verbrauch von Neuwagen lag 2016 bis 5,79 Liter pro 100 km	12.06.
Verbrauch; Energieverbrauch 2016 um 1,9 Prozent gestiegen	22.06.

Umwelt	(Datum)
Abgasvorschriften; Geschlossenes Vorgehen von ASTRA, BAFU, Polizei und Zoll mit ASTAG und auto-schweiz gegen AdBlue-Manipulationen	20.04.
Abgasvorschriften; Verbandsklage gegen VW und Amag – Die Stiftung für Konsumentenschutz (SKS) hat eine Verbandsklage eingereicht	07.09.
Abgasvorschriften; Bundesrat setzt totalrevidiertes Energiegesetz per 2018 in Kraft; Auswirkungen auf die CO ₂ -Emissionsvorschriften	01.11.
Abgasvorschriften; EU-Pläne für die CO ₂ -Regulierung nach 2021	08.11.
CO ₂ -Gesetz; Bundesrat legt die nächste Etappe der Schweizer Klimapolitik fest; Botschaft zur Totalrevision des CO ₂ -Gesetzes	01.12.
Emissionen; Treibhausgas: Zwischenziele erst für Gebäude und Industrie erreicht	13.04.
Emissionen; Nur geringe Absenkung der CO ₂ -Emissionen von Neuwagen im Jahr 2016	12.06.
Klimaveränderung; Hitzige Debatte um Pariser Klimaabkommen; Nationalrat beschliesst CO ₂ -Reduktionsziel von 50 Prozent	02.03.
Klimaveränderung; Grünes Licht für den Pariser Klimavertrag; Ständerat spricht sich für das Pariser Klimaabkommen aus	07.06.
Klimaveränderung; Klimaübereinkommen von Paris tritt für die Schweiz am 5. November 2017 in Kraft	06.10.
Klimaveränderung; Klimakonferenz: Bundesrat genehmigt Mandat der Schweizer Delegation	25.10.
Lärm; Neuer Massnahmenplan des Bundes zur Bekämpfung von Lärm	28.06.
Smog; Das Tessin kämpft mit Tempo 80 gegen Smog	30.01.

Finanzen	(Datum)
Abgeltung Regionalverkehr; Mehr Geld als vorgesehen für den Regionalverkehr; Beschluss Nationalrat	03.05.
Autobahnvignette; Fälschung von Autobahnvignetten wird neu durch die Kantone geahndet	22.11.
Bundesfinanzen; Bundesrechnung 2016: Überschuss dank den Auswirkungen der Negativzinsen	23.02.
Bundesfinanzen; Stabilisierungsprogramm verabschiedet	17.03.
FABI; Weitere Senkung der NEAT-Kosten	06.04.
FABI; Die Bahn soll vom Volksentscheid zur AHV profitieren; Bundesrat will frei werdendes Geld zum Teil in den BIF leiten	29.09.
FABI; Kein zusätzliches Geld für den Bahninfrastrukturfonds; Budgetdebatte 2018	28.11.
Kostenwahrheit; Kostenschub auf der Schiene; Teuerung stärker als im Strassenverkehr	26.09.
Mobility Pricing; Bundesrat vertieft MP mit kantonaler Wirkungsanalyse	05.07.
NAF; Deutliches Votum für mehr Strassengeld; ein klarer Entscheid von Volk und Kantonen für das Nationalstrassennetz und den Agglomerationsverkehr	12.02.
NAF; Verkehrsprojekte: Geld für mehr Gemeinden; Vernehmlassung zur Umsetzung der NAF-Vorlage	22.03.
NAF; NAF tritt 2018 in Kraft	22.11.
Pendlerabzug; Pendlerabzug wird in Zürich bei 5000 Franken begrenzt	24.09.
Regionalverkehr, Finanzierung; Mehr Geld für den Regionalverkehr; Ständerat erhöht den Vierjahres-Kredit für die Regionalbahnen	08.03.
Verkehrsinfrastrukturfinanzierung; 1,8 Milliarden Franken für Bau, Ausbau und Unterhalt der Nationalstrassen	09.03.